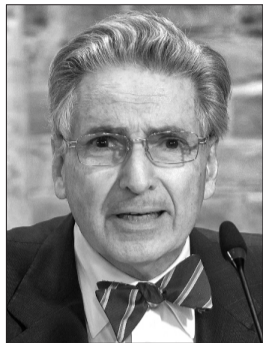


## Südafrikas Klage vor dem Internationalen Gerichtshof

Interview mit Prof. Dr. iur. et phil. Alfred de Zayas\*



Alfred de Zayas  
 (Bild zvg)

*Zeit-Fragen: Die Republik Südafrika hat beim Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag eine 84seitige Klageschrift gegen den Staat Israel eingereicht. Mit der Klageschrift verbunden ist der Antrag, eine dringende Anordnung zur Umsetzung vorläufiger Massnahmen zum Schutz der palästinensischen Bevölkerung zu erwirken. Am 11. Januar hat Südafrika vor dem Gerichtshof entsprechend vorgetragen. Mit dem Antrag auf Erlass vorläufiger Massnahmen will Südafrika erreichen, dass Israel den Krieg gegen die Palästinenser sofort beendet. Südafrika behauptet, Israel verfolge mit seinem Krieg genozidale Absichten. Was ist Ihr Eindruck von der Klageschrift und dem Vortrag Südafrikas vor dem Gericht? Wie beurteilen Sie die rechtliche und politische Bedeutung dieser Klage?*

Alfred de Zayas: Der von Südafrika eingereichte juristische Schriftsatz ist überzeugend. Die Zuständigkeit wurde gemäss Artikel IX der Völkermordkonvention begründet, und Südafrika dokumentiert detailliert, wie Israel gegen Artikel II, Absätze a, b und c verstossen hat:

«Völkermord [bedeutet] eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören:

- (a) Tötung von Mitgliedern der Gruppe;
- (b) Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe;
- (c) vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen ...»

Südafrika hat Beweise vorgelegt, die belegen, dass Israel alle diese Verbrechen begangen hat. Die Schlüsselfrage ist die des «Vorsatzes», und die Seiten 59–67 des südafrikanischen Schriftsatzes dokumentieren diesen Vorsatz sorgfältig durch die Worte von Benjamin Netanjahu, von seinen Ministern und Generälen. Es gibt wirklich kein Entrinnen vor der Feststellung eines Völkermordes. Alles andere würde bedeuten, den Wortlaut der Konvention zu ignorieren. Es wäre eine Verhöhnung von Ziel und Zweck der Konvention. Ausserdem ist der Internationale Gerichtshof (IGH) an seine eigenen Präzedenzfälle gebunden.

Das Vorgehen Israels in Gaza ist zweifelsohne weitaus grausamer als das einmalige Massaker von Srebrenica 1995, das bereits vom Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien und vom Internationalen Gerichtshof selbst als Völkermord ein-

gestuft wurde. Israel hat die Grenze definitiv überschritten. Die Schwelle vom Verbrechen gegen die Menschlichkeit zum Völkermord ist überschritten.

Der IGH ist an seine eigenen Präzedenzfälle gebunden und kann in diesem Fall keinen Rückzieher machen. Würde er dies tun, würde er jede Autorität und Glaubwürdigkeit verlieren. Dies ist ein entscheidender Moment für den IGH.

*Israel hat am 12. Januar vor dem IGH entgegnet, alle Vorwürfe zurückgewiesen und statt dessen versucht, die Hamas und auch Südafrika auf die Anklagebank zu setzen. Wie beurteilen Sie Israels Stellungnahme?*

Der Zynismus der israelischen Antwort ist erschreckend. Wir wissen, dass Anwälte darin geschult sind, das Recht «umzuinterpretieren», Schlupflöcher in Verträgen zu finden und zu versuchen, sich aus Verpflichtungen herauszuwinden. Aber hier sehen wir eine absichtliche Zerstörung der Sprache, eine Verzerrung der Realität und eine Umkehrung der Wahrheit. Im wahrsten Sinne des Wortes bedeutet dies eine Beleidigung der Intelligenz der 15 Richter des IGH. Es sendet die falsche Botschaft an die Welt.

*Aus Ihrer langjährigen Erfahrung als Völkerrechtler und Insider internationaler Organisationen, welches Urteil erwarten Sie?*

Der IGH hat keine andere Wahl, als das Unterlassungsgebot zu fällen, und er sollte dies so schnell wie möglich tun, denn jeder Tag bedeutet die Fortsetzung des Völkermordes. Der IGH muss feststellen, dass die Bestimmungen von Artikel II a, b, c von Israel verletzt wurden. Es ist eine schwierige Entscheidung, aber Israel hat sie dem IGH und sich selbst aufgezwungen. Eine solche Feststellung zieht die Feststellung der zivil- und strafrechtlichen Verantwortlichkeit nach sich. Von Israel wird ein hohes Mass an Reparationszahlungen an die Palästinenser verlangt werden. Aber ich würde mir nicht zu viel versprechen. Israel hat die Erfahrung gemacht, dass es UN-Entscheidungen straffrei-

ignoriert, weil es die bedingungslose Unterstützung aller US-Regierungen geniesst. Damit ist nicht die Unterstützung durch das amerikanische Volk gemeint, sondern nur durch die sogenannten demokratischen Präsidenten, Senatoren und Kongressabgeordneten, die in den Diensten des fortgesetzten Imperialismus und Kolonialismus stehen.

*Israel hat bereits angekündigt, kein Urteil zu akzeptieren, das sich gegen die Fortsetzung seines Krieges richtet. Kann ein Urteil des IGH trotzdem Konsequenzen haben? Wie würde die Völkergemeinschaft auf ein Urteil gegen Israel reagieren?*

Ein Urteil des IGH gegen Israel bedeutet einen erheblichen Prestigeverlust nicht nur für Israel, sondern auch für die Vereinigten Staaten und alle Länder, die den israelischen Völkermord an den Palästinensern nicht verurteilt haben. Durch die Lieferung von Waffen an Israel haben sich die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich, Frankreich und Deutschland gemäss Artikel III e der Konvention an dem Völkermord beteiligt.

Ein Urteil des IGH gegen Israel sollte auch eine «Uniting for Peace»-Resolution<sup>1</sup> der Generalversammlung der Uno und einen internationalen Boykott Israels auslösen. Natürlich wird der Sicherheitsrat weiterhin von den USA blockiert, die in der Vergangenheit bereits etwa 80 Resolutionen mit ihrem Veto blockiert haben, um Israel vor den Konsequenzen seiner illegalen Handlungen zu schützen. Ich könnte mir vorstellen, dass Dutzende von lateinamerikanischen, afrikanischen und asiatischen Ländern den gesamten Handel mit Israel boykottieren.

Die Verbrechen Israels rechtfertigen eindeutig die Aktivierung der Doktrin der «Schutzverantwortung», wie sie in der Resolution 60/1 der Generalversammlung vom 24. Oktober 2005<sup>2</sup> in den Ziffern 138 und 139 festgelegt ist. Allerdings wurde die R2P bisher nur gegen die Gegner des «kollektiven Westens» geltend gemacht. Dies wäre das erste Mal, dass sie

gegen einen mit dem Westen verbündeten Staat angewendet werden könnte.

*Israel kann diesen Krieg nur führen, weil es dabei politisch, finanziell und militärisch von Staaten des Westens, insbesondere den USA und Deutschland, unterstützt wird. Sehen Sie irgendwelche Anzeichen dafür, dass die Unterstützerstaaten Israels ihre Politik nach einem Urteil des IGH gegen Israel korrigieren werden?*

Nein, zumindest noch nicht. Das menschliche Syndrom der Uneinsichtigkeit, der Unwilligkeit zu akzeptieren, dass man im Unrecht ist, ist stärker als der gesunde Menschenverstand. Die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich und die Europäische Union, insbesondere Deutschland, werden aus diesem Dilemma mit einem grossen Prestigeverlust in den Augen der globalen Mehrheit in der Welt hervorgehen.

*Kann die Zivilgesellschaft etwas tun, damit der Krieg im Nahen Osten beendet wird?*

Ja, Millionen von Menschen sollten in Berlin, Frankfurt, Zürich, Genf, Paris, Lyon, London, Manchester, Amsterdam, Den Haag, Rom, Mailand, Kopenhagen, Oslo, Stockholm auf die Strasse gehen und einen sofortigen Waffenstillstand fordern. Millionen von Menschen sollten von ihren «demokratisch gewählten» Regierungen verlangen, das Gemetzel zu beenden.

Schweigen ist keine Option. *Qui tacet consentire videtur* (Wer schweigt, stimmt zu). Selbst die Rechtsprechung des Internationalen Gerichtshofs im Völkermordfall Bosnien gegen Serbien von 1996<sup>3</sup> hat klargestellt, dass es eine *Erga omnes*-Verpflichtung [Rechtspflichten gegenüber der gesamten Staatengemeinschaft] zur *Verhinderung* von Völkermord gibt. Und Artikel III c verbietet die Aufstachelung zum Völkermord, deren sich unsere Medien in ihrer verzerrten Berichterstattung über den Völkermord an den Palästinensern, in ihrer

Fortsetzung auf Seite 2

### Breite internationale Unterstützung für Südafrikas Klage vor dem IGH

ef. Die Kriegsverbrechen Israels haben weltweit zu anhaltenden Protesten und zu weiteren Klagen geführt. Auch unterstützen unter anderen die Regierungen zahlreicher Länder explizit die Klage von Südafrika vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag. Zu diesen Staaten gehören Nicaragua, Venezuela, Kuba, Bolivien, Malaysia, Türkei, Jordanien, Bangladesch, Malediven, Namibia, Pakistan, Kolumbien und Brasilien. Hinzu kommen die Arabische Liga und die Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIZ) mit 57 Mitgliedsstaaten, aber auch über 1000 Volksbewegungen, Parteien, Gewerkschaften und weitere Organisationen unter ihnen auch eine Petition von über 600 Israeli.

Am 15. Januar berichtet die türkische staatliche Nachrichtenagentur Anadolu, Südafrika bereite eine separate Klage gegen die Regierungen der USA und des Vereinigten Königreichs vor. Der südafrikanische Anwalt Wikus van Rensburg, der das Team von inzwischen fast 50 Anwälten leitet, begründet die Klage damit, dass sich die beiden Länder an den Kriegsverbrechen Tel Avivs gegen die Bevölkerung von Gaza mitschuldig gemacht haben.

Auch Chile wird eine Klage beim Internationalen Strafgerichtshof einreichen, «um eine Untersuchung der in den besetzten palästinensischen Gebieten begangenen internationalen Verbrechen zu beantragen», wie die ständige Vertreterin Chiles bei den Vereinten Nationen (UN), Paula Narváez, am 9. Januar vor der UN-Generalversammlung in New York bekanntgab. «Chile wird der aktuellen Situation und dem Schmerz des palästi-

nensischen Volkes nicht gleichgültig gegenüberstehen.»

Nach der Anhörung im IGH gab es auch in den USA grosse Proteste, die sich auch gegen die Bombardierung des Jemen am selben Tag, als Südafrika seine Klage vorgetragen hat, richteten. Am vergangenen Wochenende demonstrierten allein 400 000 Menschen in Washington D.C., um einen sofortigen Waffenstillstand zu fordern und gegen Israels anhaltenden Völkermord in Gaza zu protestieren. Die Demonstranten hinterliessen blutige Babypuppen vor den Toren des Weissen Hauses, um den Völkermord im Gaza-Streifen und die Tötung von mehr als 10 000 Kinder zu verurteilen. In Spanien demonstrierten am vergangenen Samstag zigtausend Menschen in 115 Städten.

Auch beim 19. Gipfeltreffen der Bewegung der Blockfreien Staaten (NAM), das vom 15.–20. Januar in Uganda ausgerichtet wurde, haben afrikanische Staats- und Regierungschefs Israels Militäraktion im Gaza-Streifen verurteilt und ein sofortiges Ende des andauernden Konflikts gefordert. Die NAM ist ein Zusammenschluss von 120 Staaten, die formal keinem der grossen Machtblöcke angehören. Die Bewegung der Blockfreien Staaten, die während des Zusammenbruchs der Kolonialsysteme und auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges entstand, ist von grosser historischer Bedeutung. Laut ihrer Webseite hat die NAM eine zentrale Rolle bei den Entkolonialisierungsprozessen gespielt und sieht sich verpflichtet, den weltweiten Frieden und die Zusammenarbeit zu fördern.

Der Präsident der Generalversammlung der Vereinten Nationen, Denis Francis (Trinidad und

Tobago), forderte in einer eindringlichen Erklärung die NAM auf, ihren Einfluss geltend zu machen, um der verheerenden Gewalt Einhalt zu gebieten: «Ich muss Ihnen sagen, dass ich zutiefst besorgt und in der Tat bestürzt bin über die anhaltende Katastrophe im Gaza-Streifen, und deshalb rufe ich diese Bewegung auf, ihren Einfluss geltend zu machen, um dem Gemetzel, das wir alle unglücklich miterleben, ein Ende zu setzen.»

Ugandas Präsident Yoweri Kaguta Museveni schloss sich diesen Worten an: «Wir, die Widerstandskämpfer Ugandas, sind fassungslos und schauen mit Geringschätzung auf die philosophische, ideologische und strategische Oberflächlichkeit einiger Akteure in der Welt herab. Warum respektiert man nicht die Freiheit eines jeden, wenn man sagt, man sei ein Demokrat? Wie kann man sagen, man sei ein Demokrat, und trotzdem wollen, dass andere Menschen Sklaven sind?»

Er warnte die führenden Politiker davor, der Gesellschaft, in der sie leben, ihre enge einseitige ideologische Ausrichtung aufzuzwingen, geschweige denn der Welt: «Die Unterdrücker verschonen sich, wenn sie ihren zeitweiligen Vorsprung in Wissenschaft und Technik dazu nutzen, andere Menschen auf unbestimmte Zeit zu unterdrücken. Die Unterdrückten werden lernen, aufholen und die Unterdrücker besiegen. Aus diesem Grund brechen Imperien immer zusammen. Die Idee von Imperien ist eine schlechte Idee. Warum versuchen sie nicht, die Menschen durch ihr gutes Beispiel zu beeinflussen, anstatt durch Manipulation, Belehrungen und Drohungen?»

\* Alfred-Maurice de Zayas ist ehemaliger unabhängiger UN-Experte für die Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung (2012–2018), leitender Jurist im Büro des UN-Hochkommissars für Menschenrechte, Sekretär des UN-Menschenrechtsausschusses und Leiter der Petitionsabteilung. De Zayas wuchs in Chicago auf, studierte Geschichte und Jura, erwarb einen J.D. von der Harvard Law School und promovierte zum Dr. phil. in moderner Geschichte an der Universität Göttingen. Er ist Autor von 13 Büchern, darunter «Building a Just World Order» (2021), «Countering Mainstream Narratives: Fake News, Fake Law, Fake Freedom» (2022) und «The Human Rights Industry» (2023) (alle clartypress.com). Für sein Buch «Building a Just World Order» (Aufbau einer gerechten Weltordnung) wurde er 2022 mit dem International Book Award in der Kategorie Recht ausgezeichnet.



# Südafrikas Aussenministerin Naledi Pandor: «Unsere gemeinsame Menschlichkeit gebietet es»

Erklärung von Dr. Naledi Pandor, Ministerin für internationale Beziehungen und Zusammenarbeit, in der Nationalversammlung der Republik Südafrika vom 7. November 2023 zum andauernden israelisch-palästinensischen Konflikt



Naledi Pandor  
(Bild zvg)

[...]

Verehrte Mitglieder des Parlaments

Ich danke Ihnen, dass Sie mir erlauben, diese Erklärung abzugeben.

Heute schliessen wir uns der Welt an und bringen unser Entsetzen über die Kriegsverbrechen zum Ausdruck, die in Palästina begangen werden, indem Zivilisten, zivile Infrastruktur, UN-Gebäude und andere gefährdete Ziele angegriffen werden.

Diese Handlungen erinnern uns an unsere Erfahrungen als schwarze Südafrikaner, die unter der Apartheid lebten. Dies ist einer der Hauptgründe, warum Südafrikaner, wie Menschen in Städten auf der ganzen Welt, auf die Strasse gegangen sind, um ihre Wut und Besorgnis über die Geschehnisse in Gaza und im Westjordanland zum Ausdruck zu bringen.

Diese Demonstrationen sind Ausdruck der weltweiten Empörung darüber, dass Menschen angegriffen werden und ihr Leben verlieren,

während kaum etwas unternommen wird, um diese Greuelthaten zu beenden.

Die Fakten, die über die verheerenden Auswirkungen des aktuellen Konflikts veröffentlicht wurden, sind entsetzlich. Über 10000 Tote [mittlerweile mehr als 23000], Tausende von Verletzten, zerstörte öffentliche Einrichtungen und grausame und mutwillige Bombardierungen sind an der Tagesordnung.

Deshalb fordern wir als Südafrika weiterhin standhaft eine sofortige Beendigung des Konflikts; die vollständige Öffnung aller humanitären Korridore, um sicherzustellen, dass die dringend benötigte Hilfe und Grundversorgung die Bedürftigen erreicht.

Frau Vorsitzende

Die Aktionen Israels, die wir alle täglich miterleben, sind eine Verletzung des Völkerrechts, einschliesslich der UN-Charta, der Genfer Konvention und ihrer Protokolle. Mit ihren Angriffen auf und Entführungen von unschuldigen Zivilisten hat die Hamas ebenfalls gegen das Völkerrecht verstossen.

Während wir unser Entsetzen über die Gewalt zum Ausdruck bringen, ist es entscheidend, dass wir anerkennen, dass die jahrzehntelange illegale Besetzung Palästinas durch

Israel zu bitterem Hass und zunehmender Gewalt geführt hat. Und es ist nicht das erste Mal, dass die Menschen in Palästina diese Gewalt erleben. Sie dauert schon seit vielen Jahrzehnten an. Nichts, was wir sagen, wird diese Tatsache auslöschen.

Die Ermordung von Kindern, Frauen und alten Menschen durch Israel ist jedoch ein Akt, der dazu führen sollte, dass der Internationale Strafgerichtshof einen sofortigen Haftbefehl gegen wichtige Entscheidungsträger, einschliesslich Herrn Netanjahu, ausstellt, die für Verstösse gegen das Völkerstrafrecht verantwortlich sind.

Frau Vorsitzende und Mitglieder des Parlaments

Es ist wichtig zu betonen, dass der israelisch-palästinensische Konflikt nur durch die Errichtung von zwei Staaten, Palästina und Israel, die Seite an Seite in Frieden leben, gelöst werden kann. Der palästinensische Staat sollte in den Grenzen von 1967 mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt und im Einklang mit den UN-Resolutionen gegründet werden. Damit diese Zwei-Staaten-Lösung zustande kommt, muss dringend ein von den Vereinten Nationen initiiertes Friedensprozess eingeleitet werden.

Wir sind uns bewusst, dass die Schaffung eines palästinensischen Staates durch die Zunahme der Siedlungen und die illegale Besetzung unmöglich gemacht wird. Die Welt muss die bantustanartige Balkanisierung ablehnen, die zu mehr Bitterkeit und Hass geführt hat. Wir müssen daher alle Anstrengungen für die beiden Staaten verstärken.

Frau Vorsitzende und verehrte Mitglieder Die kollektive Bestrafung, die Israel dem gesamten palästinensischen Volk auferlegt, ist ein Affront, der schon viel zu lange andauert. Die Welt hat ihr Entsetzen zum Ausdruck gebracht, aber nicht wirksam gehandelt, um das Leben der Palästinenser zu retten. Traurigerweise gibt es sogar in unserem Land viele, die vor diesen Greuelthaten die Augen verschliessen.

Am 27. Oktober 2023 gehörte Südafrika zu den mehr als zwei Dritteln der Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen, die in der Generalversammlung einen sofortigen Waffenstillstand forderten. Dieser Beschluss der Vereinten Nationen ist ignoriert worden.

Wir können nicht die Bedeutung des Völkerrechts und die Bedeutung der UN-Charta in einigen Situationen proklamieren und in anderen nicht, als ob die Rechtsstaatlichkeit nur für ein paar Auserwählte gelten würde. Damit das Völkerrecht glaubwürdig ist, sollte es einheitlich und nicht selektiv angewendet werden.

Wir sollten uns darüber im klaren sein, dass Israel eine Besatzungsmacht ist, wie vom Internationalen Gerichtshof und den Vereinten Nationen bestätigt wurde. Als Besatzungsmacht kann Israel auf rechtsstaatliche Instrumente zurückgreifen, einschliesslich polizeilicher Befugnisse, um gegen kriminelle Handlungen in dem von ihm besetzten Gebiet vorzugehen. Ein Besatzungsstaat kann nicht die Kontrolle über das von ihm besetzte Gebiet ausüben und dieses Gebiet gleichzeitig militärisch angreifen mit der Begründung, es sei «fremd» und stelle eine äussere nationale Bedrohung der Sicherheit dar.

Der Begriff des Rechts Israels, sich mit militärischen Mitteln zu verteidigen, wurde von einigen fälschlicherweise und von anderen absichtlich benutzt, um die unrechtmässige Gewaltanwendung Israels gegen die palästinensische Bevölkerung im Gaza-Streifen und im Westjordanland zu rechtfertigen.

Fortsetzung auf Seite 3

ef. In der Parlamentsdebatte, die der Rede von Naledi Pandor folgte, wurde sie gefragt: «Sie behaupten, dass die Greuelthaten, über die wir hier sprechen, die Enthauptung von Kindern, «fake news» sind, dass das nicht stimmt. Ist das die Position der südafrikanischen Regierung? Das möchte ich Sie jetzt fragen.»

Sie antwortete: «Nein, es sind Beweise, die von einer Reihe von Nichtregierungsorganisationen sowohl in Israel als auch in Palästina vorgelegt wurden. Denn wir sprechen nicht nur mit Palästinensern, sondern auch mit friedliebenden Israeli. Und wir wissen, dass es eine Menge «fake news» gibt, die versuchen, die Palästinenser in ein schlechtes Licht zu rücken. Und selbst der Sprecher des Weissen Hauses hat zugegeben, dass diese Erklärung, die auf höchster Ebene abgegeben wurde, nicht den Tatsachen entsprach. Herr Abgeordneter, ich habe also auf Ihre Frage geantwortet, und es ist wichtig, wie ich zu Beginn meines Beitrags sagte, dass wir, wenn wir uns zu diesen Themen äussern, ehrlich und sachlich sein sollten.

Tatsache ist, dass den Menschen in Palästina das Recht verweigert wird, als menschliche

Wesen zu existieren. Man verweigert ihnen das Recht, die Freiheiten und Rechte zu geniessen, die wir als Südafrikaner so lieben.

Die Rechte und Freiheiten, für die wir so hart gekämpft haben, die Rechte und Freiheiten, auf die wir uns als ein vielfältiges südafrikanisches Volk geeinigt haben.

Heute sind einige von uns in diesem Haus der Meinung, dass diese Rechte den einen gehören und den anderen nicht. Dies ist nicht die südafrikanische Auffassung, an die wir glauben.

Alle Menschen haben das Recht, in Freiheit zu leben und sich der Gerechtigkeit und Menschlichkeit zu erfreuen. Und das ist die Botschaft, die von diesem Haus ausgehen muss. Dieses Haus kann keinen Missbrauch dulden, es kann nicht dulden, dass andere Menschen in ihren Rechten verletzt werden, ganz gleich, wer diese Menschen sind. Wir haben nie nach Rache gestrebt.

Ich kann die Geschichte meines Grossvaters erzählen, der an einem gebrochenen Herzen starb. Er war Schneider und hatte sehr hart gearbeitet, mit seinen Fingern bis unter die Haut, um genug Geld zu verdienen, damit er sich ein Haus in Durban kaufen konnte. Und

sie bekamen dieses Haus, mein Grossvater und meine Grossmutter.

Zwei Jahre, nachdem sie es erworben hatten, wurde das Gebiet zu einem weissen Gebiet erklärt. Sie verloren das Haus ohne Entschädigung, und er starb im Grunde an gebrochenem Herzen.

Ich empfinde keine Rache, denn heute bin ich Teil der Bemühungen, ein besseres Südafrika aufzubauen. Und unsere Aufgabe muss es sein, eine bessere Welt zu schaffen, in der wir in den Genuss der Menschenrechte, einer fantastischen Verfassung und demokratischer Institutionen kommen, die für alle von uns arbeiten.

Dieses Privileg gilt nicht nur für uns. Es muss für alle gelten. Und in jeder Debatte, die wir führen, werden wir, wenn wir uns selbst treu sind, wenn wir unserer Geschichte treu sind, wenn wir dem treu sind, was wir erreicht haben, aufstehen und sagen, dass das, was dem palästinensischen Volk angetan wird, falsch ist, dass es unerträglich ist und dass wir nicht bereit sind, das hinzunehmen.»

Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=5GiAEBPSZ3g>  
(Übersetzung Zeit-Fragen)

## «Südafrikas Klage ...»

Fortsetzung von Seite 1

Apogetik von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht haben. Die Urteile des Internationalen Strafgerichtshofs für Ruanda<sup>4</sup> sind relevant für die strafrechtliche Verantwortung von Politikern und Journalisten, die sich der Aufwiegelung schuldig machen, die auch durch Artikel 20 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte verboten ist.

Artikel III der Völkermordkonvention macht die Regierungen der USA, Frankreichs, Deutschlands und des Vereinigten Königreichs zu Mitschuldigen am Völkermord. Die Zivilgesellschaft muss dies wissen und entsprechend handeln. In Artikel III heisst es: «Die folgenden Handlungen sind zu bestrafen: a) Völkermord, b) Verschwörung zur Begehung von Völkermord, c) unmittelbare und öffentliche Anreizung zur Begehung von Völkermord, d) Versuch, Völkermord zu begehen, e) Teilnahme am Völkermord.»

Vielen Dank, Professor de Zayas, für das Interview.

<sup>1</sup> Die am 7. Oktober 1950 verabschiedete Resolution 377 (V) besagt, dass die Generalversammlung handeln kann, wenn der UN-Sicherheitsrat mangels Einstimmigkeit der ständigen Mitglieder seiner Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit nicht nachkommt. [https://www.un.org/en/sc/reperoire/other-docs/GAres377A\(v\).pdf](https://www.un.org/en/sc/reperoire/other-docs/GAres377A(v).pdf)

<sup>2</sup> <https://undocs.org/Home/Mobile?FinalSymbol=A%2FRES%2F60%2F1&Language=E&DeviceType=Desktop&LangRequested=False>

<sup>3</sup> <https://icj-cij.org/case/91>

<sup>4</sup> <https://unictr.irmct.org/en/news/historic-judgment-finds-akayesu-guilty-genocide>; <https://encyclopedia.ushmm.org/content/en/article/incitement-to-genocide-in-international-law>  
(Übersetzung Zeit-Fragen)

## Präsident von Namibia verurteilt Deutschlands Stellungnahme zum Genozid-Vorwurf gegen Israel



Hage Geingob  
(Bild zvg)

zf. Am 12. Januar 2024 veröffentlichte die deutsche Bundesregierung folgende Pressemitteilung:<sup>1</sup>

«Am 7. Oktober 2023 haben Terroristen der Hamas unschuldige Menschen in Israel brutal überfallen, gequält, getötet und entführt. Das Ziel der Hamas ist es, Israel auszulöschen.

Israel verteidigt sich seitdem gegen den menschenverachtenden Angriff der Hamas.

Angesichts der deutschen Geschichte und des Menschheitsverbrechens der Shoa sieht sich die Bundesregierung der Konvention gegen Völkermord besonders verbunden. Diese Konvention ist ein zentrales Instrument des Völkerrechts, um das «Nie wieder» umzusetzen. Einer politischen Instrumentalisierung treten wir entschieden entgegen.

Wir wissen, dass verschiedene Länder die Operation Israels im Gaza-Streifen unterschiedlich bewerten. Den nun vor dem Internationalen Gerichtshof gegen Israel erhobenen Vorwurf des Völkermords weist die Bundesregierung aber entschieden und ausdrücklich zurück. Dieser Vorwurf entbehrt jeder Grundlage.

Die Bundesregierung unterstützt den Internationalen Gerichtshof in seiner Arbeit, so wie sie es seit vielen Jahrzehnten tut. Die Bundesregierung intendiert, in der Hauptver-

handlung als Drittpartei zu intervenieren.» (Hervorhebung zf)

Daraufhin gab der Präsident von Namibia, Hage Geingob, folgende Stellungnahme ab.<sup>2</sup> Namibia war bis zum Ende des Ersten Weltkriegs die deutsche Kolonie Südwest-Afrika.

«Namibia lehnt Deutschlands Unterstützung der genozidalen Absichten des rassistischen israelischen Staates gegen unschuldige Zivilisten in Gaza ab.

Auf namibischem Boden beging Deutschland in den Jahren 1904–1908 den ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts, bei dem Zehntausende unschuldiger Namibier unter unmenschlichsten und brutalsten Bedingungen starben. Die deutsche Regierung hat den Völkermord, den sie auf namibischem Boden begangen hat, noch immer nicht vollständig gesühnt.

Angesichts der Unfähigkeit Deutschlands, Lehren aus seiner schrecklichen Geschichte zu ziehen, bringt Präsident Hage Geingob daher seine tiefe Besorgnis über die schockierende Entscheidung zum Ausdruck, die die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gestern, am 12. Januar 2024, mitgeteilt hat, in der sie die moralisch aufrechte Anklage Südafrikas vor dem Internationalen Gerichtshof zurückgewiesen hat, wonach Israel Völkermord an den Palästinensern in Gaza begeht. Es ist besorgniserregend, dass die deutsche Regierung den gewaltsamen Tod von mehr als 23000 Palästinensern im Gaza-Streifen und verschiedene Berichte der Vereinten Nationen ignoriert, in denen in verstörender Weise auf die Binnenvertreibung von

85 % der Zivilbevölkerung im Gaza-Streifen angesichts des akuten Mangels an Lebensmitteln und lebenswichtigen Dienstleistungen hingewiesen wird, und dass sie sich dafür entschieden hat, vor dem Internationalen Gerichtshof die genozidalen und grausamen Handlungen der israelischen Regierung gegen unschuldige Zivilisten im Gaza-Streifen und in den besetzten palästinensischen Gebieten zu verteidigen.

Deutschland kann sich nicht moralisch zur Konvention der Vereinten Nationen gegen Völkermord bekennen, einschliesslich der Sühne für den Völkermord in Namibia, und gleichzeitig das Äquivalent eines Holocausts und Völkermords in Gaza unterstützen. Verschiedene internationale Organisationen, wie Human Rights Watch, sind zu dem erschreckenden Schluss gekommen, dass Israel in Gaza Kriegsverbrechen begeht. Präsident Geingob bekräftigt seinen Aufruf vom 31. Dezember 2023: «Kein friedliebender Mensch kann das Gemetzel an den Palästinensern in Gaza ignorieren.» In diesem Sinne appelliert Präsident Geingob an die deutsche Regierung, ihre verfrühte Entscheidung zu überdenken, als Drittpartei zur Verteidigung und Unterstützung der genozidalen Handlungen Israels vor dem Internationalen Gerichtshof aufzutreten.»

<sup>1</sup> <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/erklaerung-der-bundesregierung-zur-verhandlung-am-internationalen-gerichtshof-2252842>

<sup>2</sup> <https://twitter.com/NamPresidency/status/1746259880871149956> (Übersetzung Zeit-Fragen)



# Der Selbstmord des Westens und die Herausforderungen durch den Süd-Osten (Teil I)

von Guy Mettan, freier Journalist



Guy Mettan  
(Bild zvg)

Willkommen in der Realität! Nach einer Woche voller *Trara*, in der sich die Spitze der Schweizer und internationalen Wirtschaft, Politik und Medien auf den Bauch geklopft und ihre Verdienste und Erfolge bei der «Verbesserung des Zustands der Welt» angepriesen hat,

hat das Davoser Forum seine Tore wieder geschlossen. Die Rückkehr auf den Boden der Tatsachen wird hart sein.

Anfang Oktober hatte ich versucht aufzuzeigen, dass der Westen nicht nur die Niederlage der ukrainischen Gegenoffensive verkraften, sondern sich auch der moralischen Niederlage stellen muss, zu der ihn seine anhaltende Politik der Doppelmoral – Wasser zu predigen und Wein zu trinken – geführt hat.

Inzwischen haben die Ereignisse in Gaza diese moralische Niederlage in eine strategische Niederlage verwandelt.

Das Drama von uns Westlern – um *Abraham Lincoln* zu paraphrasieren – besteht darin, dass wir uns selbst die ganze Zeit belügen und den Rest der Welt einen Teil der Zeit täuschen können, aber wir können nicht mehr alle Menschen die ganze Zeit täuschen. Nun aber kommt die Zeit, da wir die Rechnung bezahlen müssen. Zu dieser eindeutigen Feststellung gelangt auf einem anderen Weg *Emmanuel Todd* in seinem neuesten Buch («La défaite de l'Occident», *Gallimard*). Er stützt sich mit seiner gewohnten Brillanz auf statistische Daten, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklungen und eine Strenge der Argumentation, die schwer zu bestreiten sind. Wir werden darauf zurückkommen.

Wenn der Nebel des Krieges, die Wirksamkeit der Zensur und die Intensität der Propaganda in der Ukraine den Eindruck erwecken konnten, die gesamte Verantwortung für diesen Konflikt liege bei «Putin-dem-Dämon», so werden die Invasion des Gazastreifens und die anschließenden Kriegsverbrechen der israelischen Armee, falls nötig, die Augen der blindesten Menschen geöffnet haben. Die ganze Welt war zu Recht schockiert über die Greuel-taten der Hamas am 7. Oktober, doch nun ist sie – mit Ausnahme des Westens – fassungslos über die krankhafte Wut und Akribie, die die israelischen Invasoren in den letzten drei Monaten an den Tag gelegt haben. Auf die berechnete Empörung über die Verbrechen der Hamas folgt nun die nicht minder berechnete Empörung über die Übergriffe der IDF auf die palästinensische Zivilbevölkerung.

Selbst das Gesetz der Vergeltung – Auge um Auge, Zahn um Zahn – wurde vom jüdischen Staat, wie er sich ganz offiziell selbst nennt, nicht eingehalten, obwohl das Judentum sich

doch darauf beruft: Bei 20 zu 1 (23 000 getötete Palästinenser gegenüber 1100 israelischen Opfern) wurden alle Grenzen des Kodex überschritten. Tausende von Juden in Israel und in der ganzen Welt sind darob alarmiert.

Der israelische Staat erscheint der Mehrheit der Welt als das, was er ist – ein unterdrückender, annexionistischer, neokolonialer Staat, der offen Apartheid und ethnische Säuberungen praktiziert, wie westliche Menschenrechtsaktivisten (*Human Rights Watch*, 2021) und der *Internationale Gerichtshof* bereits 2004 festgestellt haben.

Für Nicht-Westler ist Israel nicht die isolierte Insel der Demokratie inmitten eines Ozeans von Diktaturen, als die es gerne dargestellt wird. Südafrika, dessen *Nelson Mandela* sagte, dass die Welt die Apartheid nicht loswerden würde, solange sie in Palästina fortbesteht, hat sich nicht getäuscht. Es hat beim *Internationalen Gerichtshof* IGH gegen Israel Klage eingereicht wegen versuchten Völkerrechtsmordes; das Gremium wird von der Amerikanerin *Joan Donaghue* geleitet, gilt aber als unparteiischer als der politisierte *Internationale Strafgerichtshof*, der seit seiner Gründung im Jahr 2002 unter angelsächsischem Einfluss steht.

Wir warten auf sein Urteil.

Wie dem auch sei, der moralische Schaden und der Imageschaden haben einen Punkt erreicht, an dem es kein Zurück mehr gibt. Die westlichen Länder sind auf frischer Tat beim Messen mit zweierlei Mass ertappt worden. Sie haben über die Ukraine gegen Russland Krieg geführt, weil es Provinzen seines Nachbarn annektiert und dort einmarschiert ist, aber sie akzeptieren ohne zu murren, dass ihr israelischer Schützling seit 50 Jahren auf den Golanhöhen und im Westjordanland dasselbe tut und dabei munter gegen das Völkerrecht verstösst.

Was Israel und die jüdische Welt betrifft, so sind beide dabei, die Legitimität und den Respekt zu verlieren, die ihnen der Holocaust und Jahrhunderte der Verfolgung in Europa eingebracht haben. Wie kann ein Volk, das so viel durchgemacht hat, ein derart unmenschliches Verhalten gegenüber unschuldigen Kindern und Zivilisten an den Tag legen? Wenn das Gedenken an den Holocaust nicht mehr die selbstlose Erinnerung an das Verbrechen der Verbrechen ist, sondern ein Propagandainstrument, das dazu dient, einen ausrottenden Zionismus zu rechtfertigen, wenn der Kampf gegen den Antisemitismus nicht mehr der gerechte und notwendige Kampf gegen den antijüdischen Rassismus ist, sondern ein Instrument, das dazu dient, einen räuberischen Staat zu legitimieren, der von einer korrupten Führung geführt wird, dann wird es sehr schwierig, diese Anliegen zu unterstützen.

Genau dies geschieht jedoch gerade.

Zum ersten Mal in der Geschichte kann die Weltöffentlichkeit zwei Kriege live miterleben,

die die gleichen Ursachen haben – existenzielle Sicherheitsbedenken vor dem Hintergrund tödlicher Angriffe, Annexionen und opportunistischer Gebietsbesetzungen – und die gleichen aggressiven und tödlichen Verhaltensweisen hervorbringen, aber vom Westen und den Davoser Kreisen radikal unterschiedlich aufgenommen werden. In einem Fall wird der rote Teppich für den schuldigen Staatschef ausgerollt, im anderen Fall wird er jedoch verbannt und wegen Kriegsverbrechen angeklagt.

Diese doppelzüngige Haltung wird ausserhalb der westlichen Grenzen nicht mehr toleriert. Wie das Massaker von Katyn für die Polen, das von Oradour für die Franzosen oder die von *Churchill* 1943 in Bengalen verursachte Hungersnot für die Inder, werden die Bilder des zerbombten Gaza die arabische Welt jahrzehntlang verfolgen und den Kampf gegen den Antisemitismus überall auf der Welt schwächen, auch bei uns.

Der Preis, den wir zahlen müssen, wird daher sowohl für Israel als auch für den Westen hoch sein. Wir werden die Schlacht um die Tunnel gewonnen, aber den Krieg um die Herzen und das Recht verloren haben. In den Augen des Rests der Welt werden wir auf die falsche Seite der Geschichte gewechselt haben. In dieser Hinsicht ist der Umschwung Indiens faszinierend. Am Tag nach dem Angriff vom 7. Oktober hatte sich das Land auf die Seite Israels gestellt, sowohl aus antiislamistischen Gründen als auch aus Sorge um die Wahrung seiner guten Beziehungen zu den USA. Dann hat Delhi, im Rahmen eines bei uns nicht wahrgenommenen Besuches von Aussenminister *Subrahmanyam Jaishankar* in Moskau Ende Dezember, unvermittelt einen Rückzieher gemacht und distanzierte sich von Tel Aviv und Washington, bestätigte seine strategische Freundschaft mit Russland und kehrte zu seiner blockfreien Haltung zurück. In Südafrika gingen Anfang Januar Hunderttausende von Südafrikanern auf die Straße, um gegen das Massaker an den Palästinensern zu protestieren. In den USA sind es die jungen Leute, die *Biden* massenhaft als Völkermörder anprangern.

Diese Beispiele zeigen einmal mehr, dass die Europäer und die USA nicht mehr in der Lage sind, ihr Narrativ durchzusetzen, und dass dieses Narrativ von den Ländern des Südens und des Ostens, die sich nun ihrer eigenen Medien und einer eigenständigen Sicht der Weltordnung erfreuen, heftig herausgefordert wird. In ihrer Vorstellung werden diese beiden Konflikte, die jahrzehntlang durch die bedingungslose Unterstützung der Ukraine und Israels angeheizt wurden, als Mittel gesehen, um die Entstehung einer gerechteren und faireren Weltordnung zu unterstützen. Das ist eine radikale Neuerung.

Natürlich ist das letzte Wort des Westens noch nicht gesprochen. Er könnte die Entwicklung umkehren und seine Führungsrolle

durch den Wiederaufbau des Friedens wiederherstellen. Er müsste nur auf Kooperation statt auf Konfrontation und auf die Anerkennung des Anderen statt auf seine Vernichtung setzen. Nichts hindert Israel daran, die Golanhöhen an Syrien zurückzugeben, in Frieden mit dem Libanon zu leben, die Existenz eines echten palästinensischen Staates an seiner Seite zu akzeptieren oder einen binationalen Bundesstaat zu gründen, wie es viele Zionisten vor 1948 in Erwägung gezogen hatten. Und wenn er nicht mit der islamistischen Hamas verhandeln will (die jedoch nur das muslimische Gegenstück zu den ultraorthodoxen jüdischen Extremisten ist, die die israelische Regierung bevölkern), so hindert ihn nichts daran, den palästinensischen Nelson Mandela, *Marwan Barghouti*, freizulassen, damit er die Führung einer erneuerten Palästinensischen Autonomiebehörde übernehmen kann. Wenn Südafrika das konnte, warum nicht auch Israel? Das schlägt jedenfalls der ehemalige *Shin Bet*-Chef *Ami Ayalon* im «Guardian» vor.

Ähnlich verhält es sich mit dem Konflikt in der Ukraine. Wenn die Ukraine und die Nato im Dezember 2021 zugestimmt hätten, auf das russische Projekt für europäische Sicherheit einzugehen, wäre der Krieg nie ausgebrochen. Es ist nicht unmöglich, darauf zurückzukommen, vorausgesetzt, dass alle Parteien an einen Tisch sitzen. Immerhin war dies dem Westen 1973 gelungen, als er das Helsinki-Abkommen mit der Sowjetunion unterzeichnete. Doch davon sind wir weit entfernt. Wenn sich die Schweiz als Förderer eines Friedensgipfels in der Ukraine aufspielt, indem sie Russland boykottiert, wird deutlich, wie sinnlos das Projekt ist und welch immenser Weg noch zurückzulegen ist, um den Dialog wiederherzustellen.

Die Parameter für einen dauerhaften Frieden sind bekannt. Aber bei uns will sie niemand in Betracht ziehen. Man zieht es vor, den Gegner zu dämonisieren, in Verruf zu bringen, seine Menschlichkeit zu leugnen und weiterhin auf den Krieg zu setzen, um den schicksalhaften Moment, in dem wir unseren Anspruch auf die Beherrschung der Weltangelegenheiten aufgeben und die Macht mit anderen Mächten teilen müssen, so weit wie möglich hinauszuzögern. Zweifellos aus einem Rest von Hybris, aber vor allem wegen eines Übermasses an Schwäche. Wir haben nicht mehr den Mut und die Mittel, den Frieden der Tapferen zu wagen. Es ist dieses tragische Unvermögen, das *Emmanuel Todd*s These eindringlich beleuchtet: Unser moralischer Rückschritt und unsere Unfähigkeit, unsere politischen Schwierigkeiten anders als mit Gewalt zu lösen, weit davon entfernt, Folgen der Umstände zu sein, sind die faulen Früchte eines unaufhaltsamen und unkontrollierbaren wirtschaftlichen, demografischen und kulturellen Zusammenbruchs. Das wird das Thema unseres nächsten Artikels sein. •

(Übersetzung *Zeit-Fragen*)

## «Südafrikas Aussenministerin ...»

Fortsetzung von Seite 2

Frau Vorsitzende

Das Verbrechen des Völkermordes ist in der gegenwärtigen Situation in Gaza leider von grosser Bedeutung. Wir erinnern uns, dass 1994 auf dem afrikanischen Kontinent ein Völkermord stattfand, bei dem ein Grossteil der Welt zusah, wie unschuldige Menschen massakriert wurden.

Während des Zweiten Weltkriegs wurden unschuldige Menschen massakriert und unter Belagerung gestellt. Als Reaktion darauf wurde am Ende des Krieges ein internationales System geschaffen, das die Vereinten Nationen, Menschenrechtsinstrumente und Justizmechanismen umfasste, damit sich solche Grausamkeiten nicht wiederholen würden.

Die selektive Anwendung dieser internationalen Instrumente und die Nutzung einiger dieser Mechanismen zur Durchsetzung engstirniger Interessen hat jedoch dazu geführt, dass die Wirksamkeit des Systems in Frage gestellt wird.

Es ist ein System, das die Menschen in Gaza im Stich gelassen hat, so wie es 1994 die Menschen in Ruanda und in Bosnien im Stich

gelassen hat. Mehr denn je ist jetzt eine Reform des Systems der Weltordnungspolitik erforderlich, damit es fair und gerecht ist und den Bedürfnissen aller Menschen in Situationen der Bedrohung und des Schadens gerecht werden kann. Das erforderliche System sollte nicht nur ein Instrument für die mächtigsten Länder der Welt sein, sondern eines, das den Schutz der Schwächsten gewährleistet.

Die Unzulänglichkeit des UN-Sicherheitsrats, dessen Mandat zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit sich aus der UN-Charta ableitet, ist eklatant geworden.

Auf Grund der zunehmenden Politisierung war der Sicherheitsrat nicht in der Lage, zuallemind eine humanitäre Waffenruhe auszurufen, damit die dringend benötigten humanitären Hilfsgüter zu den Bedürftigsten gelangen können. Dies zeigt einmal mehr, wie dringend notwendig die Reform dieses Gremiums ist.

Frau Vorsitzende und verehrte Mitglieder  
Viele von uns fühlen sich hilflos, wenn sie die Bilder des Leids sehen, das Kinder und andere unschuldige Zivilisten erleiden müssen. Als Südafrikaner müssen wir unsere Stimme erheben und die folgenden konkreten Massnahmen fordern, um das Leid zu beenden:

1. einen sofortigen umfassenden Waffenstillstand,
2. die Öffnung von humanitären Korridoren, damit Hilfsgüter und andere grundlegende Dienstleistungen alle Bedürftigen erreichen,
3. alle Parteien müssen Zurückhaltung üben und davon absehen, diesen offenkundig ungerechten Krieg und das menschliche Leid weiter anzuhetzen, indem sie unter anderem die Waffenlieferungen an die Parteien einstellen,
4. die Freilassung aller zivilen Geiseln,
5. in Anbetracht der Erklärungen über den Einsatz von Atomwaffen die Einrichtung einer atomwaffenfreien Zone im Nahen Osten, wie wir sie in Afrika haben,
6. die Wiederaufnahme eines umfassenden Dialogs, der von Palästinensern und Israeli selbst geführt und verantwortet und von den Vereinten Nationen unterstützt wird,
7. die Entsendung einer schnellen Eingreiftruppe der Vereinten Nationen nach Palästina, die den Auftrag hat, die Umsetzung eines Waffenstillstands und die Einstellung der Feindseligkeiten zu überwachen und vor allem die Zivilbevölkerung zu schützen.

Frau Vorsitzende und verehrte Mitglieder  
Unsere gemeinsame Menschlichkeit gebietet es, jedes Menschenleben zu achten; die Zeit für die internationale Gemeinschaft, zusammenzustehen und zu handeln, ist jetzt gekommen. Wir, die wir die Freiheit von der Apartheid geniessen, können niemals diejenigen sein, die einer Form der Unterdrückung durch die Apartheid zustimmen. Das sagen nicht nur wir selbst. Es sind internationale Organisationen, die Untersuchungen über Folter, Inhaftierung und Mord durchgeführt haben, die früher, wenn sie über andere Dinge berichteten, als glaubwürdig galten; aber wenn es um Israel geht, werden ihre Berichte nicht akzeptiert. Das kann nicht toleriert werden. Diese Brutalität darf nicht hingenommen werden. Wir müssen jetzt zu einem Waffenstillstand aufrufen, wie das ehrenwerte Haus von Südafrika.  
Ich danke Ihnen dafür. •

Quelle: <https://dirco.gov.za/ministerial-statement-on-the-ongoing-israeli-palestinian-conflict-by-dr-gnmpandor-minister-for-international-relations-and-cooperation-in-the-national-assembly-house-of-parliament-7-november-2023/>

(Übersetzung *Zeit-Fragen*)



# Die Bauernproteste zeigen: Deutschland hat auch das Potential, friedensfähig zu werden

von Karl-Jürgen Müller

Die Proteste der deutschen Bauern in der Woche vom 8.–15. Januar haben viel Aufmerksamkeit gefunden – auch international. Anlass der landesweiten Blockaden, Demonstrationen und Kundgebungen war der Beschluss der Bundesregierung Ende Dezember 2023, bisherige Unterstützungsleistungen für die deutschen Landwirte kurzfristig zu streichen: Die bisherige Befreiung der landwirtschaftlichen Maschinen von der Kfz-Steuer und die Befreiung des Diesel-Kraftstoffverbrauchs der landwirtschaftlichen Maschinen von der Besteuerung sollten wegfallen. Bislang behauptete die Regierung, ihre Beschlüsse seien das Resultat notwendiger Sparmassnahmen nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von Mitte November 2023. Nun gibt es Hinweise darauf, dass die neuen Belastungen für die Bauern schon seit einem Jahr geplant waren und anderen Motiven folgten als dem «Zwang zu sparen».

## Breite Solidarität mit den protestierenden Landwirten

Während die Proteste anfänglich von Regierungspolitikern und einigen privaten und öffentlich-rechtlichen Medien vollkommen unberechtigt unter einen rechtsradikalen Umsturzverdacht und damit an den Pranger gestellt werden sollten, hat sich das Blatt im Laufe der Woche gewendet. Selbst Landespolitiker von SPD, Grünen und FDP distanzieren sich von der Bundesregierung. Unter Druck stehend, schien die Regierung entgegenzukommen und nahm die Streichung der Befreiung von der Kfz-Steuer zurück. Viele Medien berichteten nun wohlwollender über die Proteste und liessen auch Bauernvertreter ausführlich zu Wort kommen. Deutschlands grösste Tageszeitung, «Bild», stellte sich mehrfach an die Seite der Bauern. Grosse Teile der Bevölkerung bekundeten ihre Solidarität mit den Landwirten: Das reichte von der Verpflegung für die Demonstranten, über breiten öffentlichen Applaus bei der Vorbeifahrt der Traktoren bis hin zu überwältigenden Umfrage-Bekanntnissen zu den Anliegen der Bauern. Andere Berufsgruppen, die in den vergangenen Jahren massive Einkommenseinbußen wegstecken mussten bzw. unter anderem massiven Druck leiden, schlossen sich den Protesten an: Lkw-Fahrer, Gastwirte und andere mittelständische Berufe. So keimte Hoffnung auf, die Bundesregierung würde einlenken.

## Aber nur minimales Einlenken der Bundesregierung

Am 15. Januar endeten die Proteste (vorläufig) mit einer Sternfahrt nach Berlin und einer zentralen Kundgebung mit rund 30000 Teilnehmern sowie einem Gespräch mit den Fraktionsvorsitzenden der Regierungsparteien. Dabei gab es aber kein weiteres konkretes Einlenken der Regierungsparteien. Auch die Bundestagsdebatte vom 18. Januar brachte keine konkreten Ergebnisse für die Bauern. So ist das vorläufige



Bauern und Mittelstand demonstrieren gemeinsam. (Bild Wikimedia Commons)

Fazit, dass die Bundesregierung bislang den deutschen Bauern nur minimal entgegengekommen ist. Man muss von Retuschen sprechen. Der *Deutsche Bauernverband* hat angekündigt, die Proteste bis zur Rücknahme aller Kürzungsbeschlüsse fortsetzen und ausweiten zu wollen.

Aber selbst bei einer Rücknahme beider Regierungsbeschlüsse vom vergangenen Dezember bliebe die Situation vieler deutscher Bauern äusserst prekär. Die zwei Regierungsbeschlüsse vom Dezember waren die Tropfen, die das Fass zum Überlaufen brachten. Das Fass ist nach wie vor bis zum Rand gefüllt.

## Das Leben der Bauern

Der Beruf verlangt vom Bauern Bodenständigkeit und einen ausgeprägten Realitätssinn, enorme Arbeitsbereitschaft und Liebe zum Beruf, die weit über den Durchschnitt hinausgeht. Jeden Tag wartet harte Arbeit auf den Höfen. Zeit zum Demonstrieren bleibt da normalerweise nicht. Wenn Bauern also einmal demonstrieren, dann muss sehr vieles im Argen liegen. Die meisten Bauern sind geradeaus in Gesinnung und Wortwahl. Extremismus ist ihre Sache nicht.<sup>1</sup> Und ein Blick auf die Reden bei den Demonstrationen und die Äusserungen in Interviews bestätigt dies: Hier sind Demokraten aktiv, die in einer verzweifelten Lage und berechtigterweise zornig sind, denen es aber um die Sache geht ... um das Überleben in einem Klima, dessen Luft für die meisten Bauern sehr dünn und für sehr viele auch tödlich geworden ist.

Dieses Klima hat Zusammenhänge und Hintergründe. Sehr gute Analysen liegen vor, auch aus den vergangenen Wochen. Sehr konkret und anschaulich zum Beispiel auch im *Mainstream-Magazin Cicero* vom 8. Januar.<sup>2</sup> Weiter gehen alternative Internetseiten.<sup>3</sup>

## Deutsche Politik vor einem Scherbenhaufen ...

Die breite Solidarisierung mit dem Bauern (eine Telefonumfrage des Senders *ntv* ergab sogar, dass 91 Prozent der dort Befragten die Anliegen der Bauern befürworten) ist aber auch ein unübersehbarer Hinweis darauf, dass die Politik der deutschen Regierung vor einem Scherben-

haufen steht und kaum noch Unterstützung im Lande hat. Aktuelle Umfragen in den ostdeutschen Bundesländern, in denen im Herbst des Jahres Landtagswahlen stattfinden, zeigen zum Beispiel, dass die vom *Mainstream* als rechts-extrem bezeichnete AfD alleine mehr Zustimmung findet als SPD, *Bündnis 90/Die Grünen* und FDP zusammen. Die in den vergangenen Wochen wieder lauter gewordenen Rufe nach einem Verbot der AfD werden daran nichts ändern. Im Gegenteil, solche Rufe machen die Regierungspolitik noch unglaubwürdiger: Verbote statt Argumente.

## ... auch in der Aussenpolitik

Nicht zu übersehen ist aber auch: Die deutsche Politik zeigt bislang keinerlei Zeichen eines grundsätzlichen Kurswechsels. Nicht bei den mittel- und langfristig angelegten Plänen für die weitere Änderung der Strukturen im Sinne der US/EU-Agenda und der ihr zugrunde liegenden materiellen Interessen und falschen Theorien bzw. Ideologien ...

Und schon gar keinen Kurswechsel in der Aussenpolitik. Die ehemals «linke» «Frankfurter Rundschau» titelte am 9. Januar: «Gepard, Skynex, Skyranger: Die Ukraine ist die Labor-situation deutscher Waffenschmieden». Die «Neue Zürcher Zeitung» liess am 8. Januar einen für die Ausbildung ukrainischer Soldaten zuständigen deutschen Generalleutnant zu Wort kommen. Er schwärmte von den Erfolgen seiner Ausbildungskurse für einen mörderischen Krieg und zitierte mit sichtlichem Stolz einen ukrainischen Verbindungsoffizier: «Meine Jungs haben nach der Ausbildung in Deutschland aussergewöhnlich gute Leistungen im Kampf erbracht, auch im Wald und bei Angriffsoperationen. *Unsere Kämpfer sind wie Könige, die Orks*<sup>4</sup> (damit sind die russischen Soldaten gemeint; Anm. d. Red. [der «Neuen Zürcher Zeitung»]) in Stücke reissen. Das Programm und die Vorbereitung waren also genau richtig.» (Hervorhebung km) Das sind nur zwei von vielen Beispielen für eine regelrechte Kriegsbegeisterung in Kreisen deutscher «Eliten».

## «Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts» (Willy Brandt)

Deshalb frage ich mich: Warum eigentlich erfährt das Friedensanliegen, erfahren die Bemühungen, Deutschland wieder friedensfähig zu machen, nicht die gleiche Solidarität wie die in jeder Hinsicht berechtigten Proteste der deutschen Bauern? Warum sind nicht Zehntausende Traktoren, Lkws und Pkws unterwegs zu einer Sternfahrt nach Berlin für den Frieden? Die Frage ist ernstgemeint, keine rhetorische Frage. Und ich denke, dass sie nicht einfach zu beantworten ist. Manch einer wird sagen: Ja, wenn es um die eigenen Interessen geht, dann ist man bereit, sich dafür einzusetzen. Beim Thema Frieden sieht das anders aus ... Indes: Was könnte grösser sein

als das ureigene Interesse am Frieden? Es weiss doch jeder, was Krieg bedeutet, was Krieg auch für das eigene Land bedeutet.

Die deutschen Bauern sind vorangegangen: Mit überwältigender Beteiligung, entschlossen, gewaltfrei und immer auch dialogbereit haben sie ihre Anliegen öffentlich gemacht. Und es ist deutlich geworden, dass die Anliegen der Bauern auch die Anliegen der grossen Mehrheit aller Bürger sind: Jeder muss essen und trinken, um zu überleben. Die Milch und das Brot, Fisch und Fleisch, Obst und Gemüse kommen nicht aus dem Regal.

## Bauernproteste zeigen: Die Deutschen haben das Potential für einen Kurswechsel

Und der Frieden? Der gerechte Frieden? Alle Umfragen zeigen, dass die Deutschen mehrheitlich nicht wollen, dass Deutschland in den Krieg zieht. Die Deutschen wünschen sich eine Politik der Diplomatie, der Verhandlungen, des Ausgleichs, der Gleichberechtigung. Deutschland führt Krieg an den Deutschen vorbei.

Die Kriegspropaganda der vergangenen Jahre hat viele Bürger verunsichert: Ist Russland wirklich so ein «böser Feind», wie es tagtäglich hingestellt wird? Bedroht es wirklich all das, was wir in Jahrzehnten aufgebaut haben? Hier tut mehr Aufklärung not. Aufklärung auch darüber, wie Propaganda funktioniert und wie sie zu wirken trachtet. Die meisten Deutschen denken immer noch nicht so wie der Titel der «Frankfurter Rundschau» vom 9. Januar oder der deutsche Generalleutnant in der «Neuen Zürcher Zeitung» vom 8. Januar.

So hoffe ich sehr, dass die Deutschen den Willen, den Mut und die Kraft finden, den Kurs der deutschen Politik vor einer noch grösseren Katastrophe zu korrigieren. Die Proteste der deutschen Bauern und die Reaktion der anderen Bürger darauf haben gezeigt, dass die Deutschen das Potential dafür haben. •

<sup>1</sup> Eine Fundgrube für einen guten Blick auf die Ereignisse bietet die Internetseite des landesweit bekannten «Bauer Willi»: [bauerwilli.com](https://www.bauerwilli.com); zum Extremismus-Vorwurf siehe insbesondere: <https://www.bauerwilli.com/berliner-in-koeln-so-eine-schoene-demo/> vom 8.1.2024 und <https://www.bauerwilli.com/bauernproteste-die-letzten-48-stunden/> vom 10.1.2024

<sup>2</sup> «Mit der Wut der Verzweiflung». In: *Cicero* vom 8.1.2024 (<https://www.cicero.de/innenpolitik/bauernproteste-mit-der-wut-der-verzweiflung/>) und dazu passend am selben Tag, ebenfalls im *Magazin Cicero*: «Bauernprotest in Berlin – Wir sind ehrliche Unternehmer, keine verblendeten Radikalen.» (<https://www.cicero.de/innenpolitik/bauernprotest-in-berlin-interviews-reaktionen/>)

<sup>3</sup> vgl. <https://www.anti-spiegel.ru/2024/warum-die-kleinen-bauernhoefe-im-westen-in-die-pleite-getrieben-werden-und-worum-es-wirklich-geht/> vom 10.1.2024; <https://weltpress.info/bauernproteste-geht-um-blackrocks-griff-nach-dem-brot/> vom 13.1.2024

<sup>4</sup> «Orks» sind Phantasiefiguren aus *Tolkiens* Roman «Herr der Ringe». Sie sehen aus wie schreckliche Ungeheuer und rauben und morden im Auftrag von *Sauron*, dem Bösen schlechthin.

# Der Bauernprotest mobilisiert den Mittelstand

von Prof. Dr. Eberhard Hamer, Mittelstandsinstitut Niedersachsen e. V.

Das haben wir in der Bundesrepublik noch nicht gehabt, dass Zehntausende Traktoren die Autobahnen zufahren, die Verkehrsknotenpunkte und die Innenstädte blockieren! Mit einer solchen Explosion des Bauernprotestes hatten weder die Regierung noch ihre Medien gerechnet.

Der permanente ökologische und bürokratische Druck auf unsere Bauern hat den Kessel plötzlich platzen lassen. Statt ihr Land und ihre Tiere zu pflegen, müssen die Bauern inzwischen fast 40 % ihrer Zeit für bürokratische Pflichten, Kontrollen, Statistiken und Meldungen am Schreibtisch einsetzen.

So klagt einer der Bauern: «Ich wollte Landwirt werden. Nun bin ich zu einem Drittel Bürokrat und muss mich zu zwei Dritteln meiner gesamten landwirtschaftlichen Tätigkeit nach den Vorschriften fremder Bürokraten richten, die mir immer weniger persönliche Handlungsfreiheit lassen. Ich fühle mich immer weniger als selbständiger Landwirt und immer mehr als Angestellter einer Öko-Bürokratie!»

In Magdeburg versammelten sich mehr als 6000 Protestler. Davon waren aber nur 4000 Landwirte mit ihren Traktoren. Weitere 2000

Unternehmer mit ihren Lkws oder Privatwagen waren gekommen, weil ihnen die grüne Wirtschaftspolitik und Bürokratie ebenfalls über die Hutschnur ging.

Sogar ein Arzt protestierte mit: «Ich arbeite bei gedecktem Einkommen wie ein Hamster im Tretrad – immer mehr Patienten, aber immer mehr Vorschriften und Meldungen und Kontrollen, die mir schon 40 % meiner Arbeitszeit stehlen. Um meinen Patienten gerecht zu werden, muss ich meine Freizeit der Bürokratie opfern. Das halte ich nicht mehr durch!»

Ein Bauunternehmer klagte: «Der Neubau ist tot, weil die Kosten durch bürokratische Umweltauflagen immer dramatischer gestiegen sind, die Mieten aber gedrückt werden. Und zusätzlich steigen Zinsen und Löhne und die Materialkosten, so dass ich offene Aufträge nur noch zu wachsenden Verlusten ausführen kann. Nie hätte ich geglaubt, dass nicht Markt und Konjunktur, sondern ideologische Regierungspolitik mir am meisten schaden könnten!»

Viele Gespräche mit protestteilnehmenden Unternehmern verliefen ähnlich. Die ökonomische Laienspielschar in Berlin hat in nur

eineinhalb Jahren durch Fehlsteuerung offenbar den ganzen selbständigen Mittelstand in Wut gegen sich aufgebracht.

Das verheisst den politischen Tätern nichts Gutes: Unsere fünf Millionen Unternehmer mit ihren ebenso vielen Ehepartnern (= 10 Mio.) beschäftigen 25 Millionen Mitarbeiter, die ebenfalls merken, dass ihre Existenz durch die falsche ideologische Wirtschaftspolitik gefährdet ist. Wenn also 35 Millionen in mittelständischen Betrieben und Praxen beschäftigte Wähler (von 61 Millionen) in Wut sind, kann eine Wahl für die Ampel-Partei nur verhängnisvoll ausgehen.

Auch wahlökonomisch ist das Verhalten der Regierung nicht zu verstehen. Glaubt sie, die deutschen Wähler stimmen zu, dass – 0,9 Milliarden Euro bei den Dieselsteuern der Landwirte eingespart, gleichzeitig aber 8 Milliarden für den uns nichts angehenden Ukraine-Krieg ausgegeben werden? – die Energiepreise sich in Deutschland nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die privaten Verbraucher verdreifachen, nur weil die Regierung auf amerikanischen

Befehl das billige russische Gas gekündigt und durch dreimal so teures amerikanisches Fracking-Gas ersetzt hat?

– den 17 Milliarden Einsparungen in Deutschland dreimal so hohe ökonomische und ideologische Zahlungen ans Ausland (von Radwegen in Peru bis queer-sexuellen Hilfen in Asien) entgegenstehen? Ins Inland wird gekleckert, ins Ausland geklotzt.

Bisher haben CDU-Regierungen den Mittelstand belastet, um die Banken und Konzerne damit zu subventionieren. Und die sozialistischen Regierungen haben vom Mittelstand auf die Unterschicht umverteilt. Dass aber eine Regierung den ganzen Mittelstand und alle Wähler schädigt, um ihre Öko-Ideen durchzusetzen, ist neu.

Wie ein Schock hat der selbständige Mittelstand dadurch gemerkt, dass er so tüchtig sein kann, wie er will – wenn die öffentlichen Rahmendaten tödlich sind, kann er nicht überleben.

Beim Aufstand des Mittelstandes geht es darum, ob der Mittelstand überlebt oder diese Regierung. •



# Aufruf von Linken und Grünen: Ja zur Neutralitätsinitiative!

Die 2022 lancierte Initiative «Wahrung der schweizerischen Neutralität» wird in vielen Medien und von einem Teil der Linken und Grünen als ein rechtspopulistischer Versuch zum Isolationismus gebrandmarkt. Wir widersprechen: Als Linke und Grüne begrüssen und unterstützen wir die Neutralitätsinitiative!

Die Initiative ist nicht «rechts», sondern wurde von einem überparteilichen Komitee ausgearbeitet, das die Schweizer Aussenpolitik von ihrem Pro-Nato-Kurs abbringen und zu einer internationalen und weltoffenen Neutralität hinführen will. Als Linke und Grüne sind wir überzeugt, dass das Lagerdenken in eine Sackgasse führt. Wir engagieren uns statt dessen für eine Sachdebatte.

## Worum es in der Initiative geht

Die Neutralität der Schweiz ist über 200 Jahre alt, und ihre legalen Prämissen sind seit 1907 in den *Haager Abkommen* klar definiert. Diese Bestimmungen sind eine gute, zeitlose und völkerrechtliche Grundlage unserer Aussenpolitik. Die Schweiz nimmt nicht teil an den Kriegen anderer Staaten, flankiert von einer strengen Kriegsmaterial-Gesetzgebung. In der neuen multipolaren Weltordnung brauchen wir eine Neutralität, die Sicherheit schafft und sich am Weltfrieden orientiert. Innenpolitisch wird die Neutralität zwar in der Verfassung erwähnt, aber nicht definiert. Die Initiative holt dies nach und gibt der Aussenpolitik eine klare Richtung vor. Sie signalisiert dem Ausland, was von der Schweiz zu erwarten ist. Die Bundesverfassung wird um folgenden Artikel ergänzt:

### Art. 54a Schweizerische Neutralität

1) Die Schweiz ist neutral. Ihre Neutralität ist immerwährend und bewaffnet.

2) Die Schweiz tritt keinem Militär- oder Verteidigungsbündnis bei. Vorbehalten ist eine Zusammenarbeit mit solchen Bündnissen für den Fall eines direkten militärischen Angriffs auf die Schweiz oder für den Fall von Handlungen zur Vorbereitung eines solchen Angriffs.

3) Die Schweiz beteiligt sich nicht an militärischen Auseinandersetzungen zwischen Drittstaaten und trifft auch keine nichtmilitärischen Zwangsmassnahmen gegen kriegführende Staaten. Vorbehalten sind Verpflichtungen gegenüber der Organisation der Vereinten Nationen (Uno) sowie Massnahmen zur Verhinderung der Umgehung von nichtmilitärischen Zwangsmassnahmen anderer Staaten.

4) Die Schweiz nutzt ihre immerwährende Neutralität für die Verhinderung und Lösung von Konflikten und steht als Vermittlerin zur Verfügung.

Dieser Verfassungstext umschreibt nicht die Gesamtheit der Schweizer Neutralität, dient aber als Leitlinie für ein aktives und am Weltfrieden orientiertes Neutralitätsverständnis.

Als Linke und Grüne unterstützen wir die Initiative aus folgenden Gründen:

### 1) Eine allparteiliche Neutralität sichert eine international orientierte Schweiz

Wir stehen ein für eine weltoffene und multikulturell orientierte Schweiz. Absatz 4 der Initiative fordert, dass die Schweiz künftig aktiv hilft, Konflikte zu verhindern und zu vermitteln. Unser Land wird deshalb in internationalen Konflikten nicht Partei ergreifen, sondern stellt sich ohne Wenn und Aber jedem Staat der internationalen Gemeinschaft als Verhandlungsort zur Verfügung. Als Begegnungsort der unterschiedlichen Kulturen und Weltanschauungen kann die Schweiz den Frieden in der Welt fördern. Unsere Neutralitätspolitik muss auch gegenüber den Ländern des Südens und solchen ohne das westliche Demokratiemodell glaubwürdig sein. Denn Staatsformen, Ordnungs- und Wertvorstellungen hängen auch vom technologischen und wirtschaftlichen Entwicklungsstand ab. In ihren Friedensbemühungen schliesst sich die Schweiz nicht den Standpunkten des einen oder des anderen Lagers an, sondern bringt gegenüber allen Parteien Verständnis und Dialogbereitschaft auf. Nur so kann sie allseitig Vertrauen gewinnen und behalten. Die Schweiz ist nicht Teil eines Machtblocks, sondern integriert sich künftig in die Weltgemeinschaft. Auf dieser Basis kann das Inter-



ro. Wie nun Aussagen der russischen Botschaft der Schweiz klar aufzeigen, wird Russland nicht an «Friedensgesprächen» irgendeiner Art teilnehmen, die unter dem Diktat der Ukraine und der Nato, sprich der USA, stehen. Da die Schweiz die Wirtschaftssanktionen der EU gegen Russland quasi übererfüllt hat, sieht Russland die Schweiz zu Recht nicht mehr als neutralen Staat an. Gerade deshalb ist die Neutralitätsinitiative so wichtig, da sie der Schweiz gerade solche «nichtmilitärischen Zwangsmassnahmen gegen kriegführende Staaten» verbietet. Hätte die Schweiz respektive der Bundesrat aufgrund des Druckes der USA und der Grossbanken nicht willfährig die Sanktionen mitgetragen und die Angriffe von aussen abgewehrt, könnte sie heute aus einer Position der Stärke zum Wohle aller für den Frieden wirken. Die Initiative benötigt noch Unterschriften: Deshalb jetzt unterzeichnen und einschicken! (Unterschriftenbögen: [www.neutralitaet-ja.ch](http://www.neutralitaet-ja.ch))

nationale Rote Kreuz, eine der heilvollsten Institutionen der Schweiz, weiterhin seine wertvollen Dienste leisten und den Konfliktbetroffenen auf beiden Seiten helfen.

### 2) Die aktive Neutralität der Schweiz ist ein europäisches Friedensprojekt

Als pazifistische Linke und Grüne stehen wir für den Frieden in Europa ein. 1815 versprach die Tagsatzung, «die immerwährende Neutralität anzuerkennen und zu gewährleisten, welche das gemeinsame europäische Staateninteresse zugunsten der Eidgenossenschaft erheischt». Dieses Versprechen an Europa wollen wir nach 200 Jahren erneuern.

Als Pufferstaat half die Schweiz während 100 Jahren, das Kräftegleichgewicht in Europa zu erhalten: Wir haben unser Land weder den Österreichern gegen die Franzosen noch den Franzosen gegen die Österreicher zur Verfügung gestellt. Während den zwei Weltkriegen half die Neutralität international wenig: Sie kam massiv unter Druck, hat uns aber immerhin den Frieden im eigenen Land bewahrt.

Im Kalten Krieg hat die Schweiz wesentlich dazu beigetragen, dass die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) zu einem den Frieden und die Verständigung fördernden Abschluss kam. Darauf sind wir stolz: Die Schweiz soll auch künftig mit einer aktiven Friedens- und umsichtigen Neutralitätspolitik am Frieden in Europa mitwirken.

Mit ihrem Neutralitäts-Know-how kann die Schweiz zudem Staaten in ähnlicher geopolitischer Situation unterstützen: mit anderen neutralen und bündnisfreien Staaten ein Netzwerk bilden, das sich für die Deeskalation zwischen verfeindeten Nationen einsetzt.

### 3) Die Rückkehr zur integralen Neutralität macht die Schweiz global glaubhaft

Die wichtigste Änderung der jetzigen Neutralitätspraxis bringt Absatz 3: Die Schweiz beteiligt sich nicht an nichtmilitärischen Zwangsmassnahmen gegen andere Staaten. Das ist zentral, tragen doch Grossmächte ihre Kriege nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich aus: Verhängt werden dann oft Sanktionen, die weder völkerrechts- noch menschenrechtskonform sind. Sie treffen die Bevölkerung, wobei die Armen und Schwachen – Frauen, Kinder, Alte – besonders darunter leiden. Wirtschaftssanktionen eines mächtigen Landes oder Länderblocks sind willkürlich. Solche Gewaltaktionen lehnt die Schweiz ab: Sie wird Bedrohungen des Friedens, Völkerrechts- und Menschenrechtsverletzungen, von welcher Seite auch immer begangen, in der Uno problematisieren und kritisieren.

### 4) Integrale Neutralität ist solidarisch mit den Ärmsten der Welt

In Kriegen bluten und leiden die Mittelschicht und Armutsbetroffene am allermeisten, während Waffenfirmen und deren Aktionäre massiv verdienen. Das gilt auch für den Ukraine-Krieg, in dem das ukrainische und russische Volk sich gegenseitig ausbluten, während der

militärisch-industrielle Komplex der kriegführenden und kriegstreibenden Staaten wächst und wächst. Mit jeder Eskalation werden mehr Rüstungsgüter nachgefragt, todbringende Gerätschaften verkauft, riesige Gewinne erzielt. Kurz: Kriege bringen vielen den Tod und dem Grosskapital satte Profite. Das ist eine eiserne Regel des Krieges.

Sanktionen verlängern den Krieg. Sie führen zudem so gut wie nie zu einem Regime change. Mit Sanktionen werden die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichte zwischen dem Westen und dem ärmeren Rest der Welt nicht behoben, sondern verschärft. Die Schweiz verzichtet deshalb prinzipiell auf Sanktionen, ausser sie werden vom Uno-Sicherheitsrat verhängt. Solidarität nur mit Staaten und Menschengruppen zu zeigen, die einen vergleichbaren Lebensstandard haben und die westlichen Werte teilen, ist ein Unding: Die Schweiz ist allparteilich solidarisch und erweist allen Staaten, die in Not sind, ihre Solidarität. Praktisch heisst das, mehr Solidarität mit den Armen dieser Welt.

### 5) Der Verzicht auf den Nato-Beitritt ist unser wichtigster Beitrag zum Weltfrieden

Die Nato, einst ein Verteidigungsbündnis, ist längst zu einem aggressiven Verband geworden, der mit «Out of Area»-Einsätzen weit über den Nordatlantik und Europa hinausgreift. Die Nato dient dazu, die Vormachtstellung des Westens zu erhalten und auszubauen. Völkerrechtswidrige Nato-Einsätze haben im Irak, in Afghanistan, in Libyen zum Zusammenbruch aller drei Staaten geführt. Während die USA jenseits des Atlantiks sich vorab um den Erhalt ihrer imperialen Machtposition kümmern, hat Europa gewaltige Flüchtlingsströme zu verkraften, denn in allen drei Ländern herrscht heute die nackte Not.

Diese Entwicklung geht noch weiter, indem ihre grössten Mitglieder sogar von einer «Wirtschafts-Nato, die unseren Lebensstandard verteidigt», träumen. Dabei hat die eine Milliarde der Nato-Bevölkerung dank ihrem grenzenlosen Zugriff auf die globalen Ressourcen bislang jährlich zwischen drei bis fünf Planeten vernutzt und die Klimaerwärmung und die weltweit sinkende Biodiversität angestossen. Diese globalen Probleme lassen sich nur multilateral und mit einer sozial und ökologisch nachhaltigen Wirtschaft lösen. Deshalb: Schluss mit Kriegen und Sanktionen. Der wirtschaftliche Ausgleich ist der wichtigste Beitrag für eine globale Sicherheitspolitik!

### 6) Die bewaffnete Neutralität ist ein pazifistischer Ansatz der internationalen Politik

Neutralität hat Zukunft: Der Friede wird sicherer, wenn mehr Länder unabhängig und neutral bleiben, statt sich einem der grossen Blöcke anzuschliessen. Als bewaffnetes Land verteidigt sich die Schweiz zwar selbst, sollte sie angegriffen werden, wird sich aber nicht an ausländischen Kriegen beteiligen, auch nicht zum kollektiven Schutz anderer Länder.

Damit vertritt die Schweiz einen konsequenteren Pazifismus als es die Uno-Charta verlangt: Artikel 51 gesteht allen Mitgliedern das «naturegegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung zu». Doch die «kollektive Selbstverteidigung», einst als Ausnahme gedacht, wurde zum Normalfall verkehrt. Seit dem Zweiten Weltkrieg wurde praktisch jeder Angriffskrieg als «kollektive Selbstverteidigung» gerechtfertigt: die Interventionen der Sowjetunion in Ungarn (1956) und in der Tschechoslowakei (1968), der USA in Vietnam (1964), Afghanistan (2001), im Irak (2003), die Intervention Chinas in Vietnam (1979) oder der Nato in Serbien (1999) und Libyen (2011).

Die Schweiz weist die kollektive Selbstverteidigung zurück und verspricht, bei keinen Kriegen mitzumachen: Sie bleibt pazifistisch, egal, wie gross der wirtschaftliche und moralische Druck aus dem Ausland ist. Weil die Wahrheit über Kriegsursachen und Kriegsgründe immer erst Jahrzehnte danach ans Tageslicht kommt, verzichtet die Schweiz aus Prinzip auf Kriegsbindnisse. Sie beteiligt sich weder an der Kriegshetze gegen andere Länder noch an deren Dämonisierung – das hoffen wir: Die Schweiz soll kein Land von selbstgerechten und selbtherrlichen Kriegsmittmachern werden. Fertig mit dem Lagerdenken, befreit für die Sachdebatte plädieren wir: Ja zur Neutralitätsinitiative!

Die Unterzeichner dieser Erklärung:

Autorschaft und Kontakt:

Dr. Pascal Lottaz, Associate Professor, Kyoto ([lottaz.pascal.5a@kyoto-u.ac.jp](mailto:lottaz.pascal.5a@kyoto-u.ac.jp)).

Verena Tobler Linder, Ethnologin und Soziologin, Zürich ([verenatobler@kernkultur.ch](mailto:verenatobler@kernkultur.ch)).

Prof. em. Wolf Linder, Politologe, Bern ([woli@bluewin.ch](mailto:woli@bluewin.ch)).

Erstunterzeichner:

Araújo, Stefano, Membre du Comité Central du PC, Geneve; Ay, Massimiliano, Membro Gran Consiglio del Canton Ticino, Bellinzona; Barenco, Sergio, Ex-Membro del Municipio, Arbedo; Belser, Eduard, Ehem. Ständerat und Ehem. Regierungsrat, Basel-Land; Bernasconi, Guido, Ex-Deputato al Gran Consiglio del Canton Ticino, Sonvico; Beroggi, Filippo, Koordinator SISA Gewerkschaft; Camozzi, Ismael, Koordinator SISA Gewerkschaft; Cappellotti, Edoardo, Conseil Communal, Lugano; Casella, Zeno, Conseil Communal, Capriasca; Cereghetti, Bruno, Ex-Deputato al Gran Consiglio del Canton Ticino e del Municipio di Locarno; Ferrari, Lea (Agronoma Msc), Deputata del Gran Consiglio del Canton Ticino, Serravalle; Ferrazzini, Marco, Ex-Vice-Maire et Grand Conseiller, Chiasso; Forni, Angelica, Consigliera Comunale, Losone; Frei, Luca, Koordinator der KJ, Lugano; Genitsch-Hofer, Franziska, Partei der Arbeit (PDA), Basel; Gerster, Willi (Dr. rer. pol.), Ehem. SP-Grossrat, Basel-Stadt; Gräub, Ernst, Ehem. Gewerkschaftssekretär, Basel; Hanke Güttinger, Ariet (Dr. phil.), Historikerin, Dussnang; Hebling, Francesco, Mitglied des Zentralkomitees KJ, Tessin; Heise, Herbert, Psychiater und Chefarzt im Ruhestand, Bern; Hofer, Stefan (Rechtsanwalt im Ruhestand), Partei der Arbeit (PDA), Basel; Joos, Heidi, Coaching-Fachfrau & ehemaliges Mitglied Legislative Stadt und Kanton, Luzern; Lembo, Samuel, Mitglied des Zentralkomitees der KP, Bellinzona; Leuenberger, Peter, Ehemaliger Sekretär der Anti-Apartheid-Bewegung der Schweiz, Köniz; Linder, Wolf (Prof. em.), Politologe, Bern; Lottaz, Pascal (Dr. phil.), Associate Professor Universität Kyoto & Mitglied SP International, Japan; Lucchini, Alessandro, Economista & Consigliere Comunale, Bellinzona; Malyguine, Nil, Membro del Comitato Centrale del PC, Massagno; Marconi, Martino, Consigliere Comunale, Morbio Inferiore; Masera Arigoni, Elena, Magliaso; Mattmann-Allamand, Peter (Dr. med.), Arzt & Ehemaliger POCH- und Grünen-Politiker, Kriens; Müller, Christian (Dr. phil.), Publizist, Monteggio; Müller, Hans-Peter (Prof. em.), Ethnologe, Uitikon; Müller, Geri, Ehem. Nationalrat und Präsident der Gesellschaft Schweiz-Palästina, Baden; Paltenghi, Niki, Graphiste ECAL & Membro del Comitato Centrale del PC; Parzani, Siria, Mitglied des Zentralkomitees der KJ, Porza; Pugno Ghirlanda, Daniela, Ex-Deputata al Gran Consiglio del Canton Ticino, Minusio; Reins, Ivo (Prof. em.), Juriste et Historiker, Genève; Roca, René (Dr. phil.), Historiker, Oberrohrdorf; Scheben, Helmut (Dr. phil.), Journalist und langjähriger Redaktor der SF-Tagesschau, Zürich; Schmid, Peter (Dr. phil.), alt Nationalrat & Präsident Grüne Partei Schweiz von 1987 bis 1990; Schneider, Beat (Prof. em.), Kultur- und Designgeschichte, Bern; Schumacher, Franz, Ehem. SP-Stadt- und Kantonsrat, Zürich; Soiland, Tove (Dr. phil.), Historikerin und feministische Theoretikerin, Zürich; Soyvigitoglu, Niyazi, Sozialpädagoge, Zürich; Speranza, Amos, Membre du Comité Central du PC, Bellinzona; Tobler Linder, Verena, Ethnologin und Soziologin, Zürich; Togni, Alberto, Consigliere Comunale, Gordola; Villa, Malena, Mitglied des Zentralkomitees der KJ, Claro; Zahno, Gallus, Berufsschullehrer & Gemeinderat Staufen, Staufen

Mitzeichnung:

Zur Mitzeichnung tragen Sie sich bitte auf dem folgenden Online-Formular ein: <https://forms.gle/WEB-f7toCUtmof1hc8>



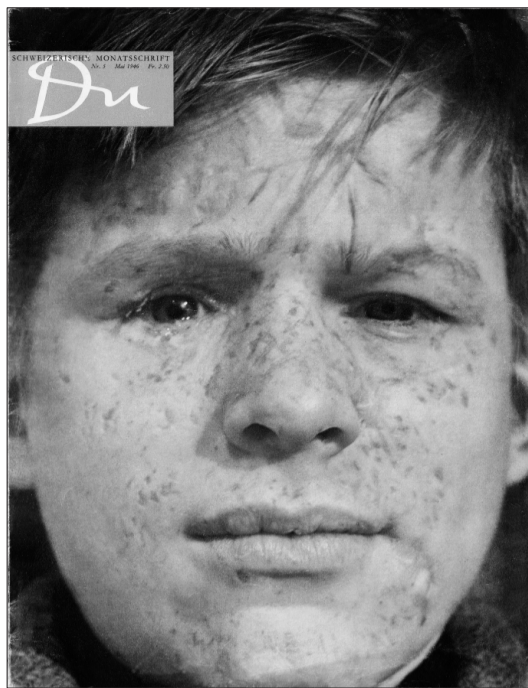
# Den Folgen des Krieges ein Gesicht geben

von Eliane Perret

«Nein, es ist kein hübscher Junge, den wir Euch, liebe Freunde auf dem Titelblatt dieses Maiheftes vor Augen führen!», schrieb *Arnold Kübler*, Gründer und Redaktor von *Du*, der von ihm gegründeten Schweizer Zeitschrift für Kultur, im Editorial der Mai-Nummer 1946.<sup>1</sup> Er bezog sich damit auf das Titelblatt mit einer Aufnahme von *Werner Bischof* (1916–1954), einem der bedeutendsten Schweizer Fotografen. Es ging um die Fotografie eines Buben, dessen Gesicht gezeichnet war durch Brandnarben von Granatensplittern. Sie war 1945 in Holland entstanden auf einer Reise Bischofs mit seinem Kollegen *Emil Schulthess* (ebenfalls ein bekannter Schweizer Fotograf), die sie auch durch Frankreich, Luxemburg und Belgien geführt hatte. Den Auftrag dazu hatten sie von der *Schweizer Spende* erhalten (siehe Kasten). Die notwendigen Kameras und das Auto, in das Schulthess eine Dunkelkammer hatte einbauen lassen, wurden ihnen vom Verlag zur Verfügung gestellt, der das *Du* herausgab. Bischof arbeitete dort als freier Mitarbeiter, Schulthess als Layouter. Diese Reise war ein erster Schritt in ein neues Tätigkeitsfeld, weg von Mode, Werbung und Illustration. Um seinen skeptischen Vater davon zu überzeugen, schrieb ihm Bischof: «Etwas verstehst du nicht, mein lieber Vater, dass ich diese Reisen nicht aus Sensationsgier mache, sondern um menschlich eine vollständige Wandlung zu erleben. Papa, ich kann nicht mehr schöne Schuhe aufnehmen.»<sup>2</sup>

## Oh, diese grausamen Spielzeuge

Bereits kurz nach dem Krieg war der damals 29-jährige *Werner Bischof* mit dem Velo durch Süddeutschland gefahren. Erschüttert von den Bildern und Szenen, kehrte er in die Schweiz zurück. Dieses Erlebnis bewog ihn dazu, sein fotografisches Schaffen auf die Menschen, ihre Leiden und ihre Not auszurichten. Auf ihrer Reise kamen Bischof und Schulthess in das holländische Städtchen Roermond. Bischof schreibt in sein Tagebuch: «Roermond ist die letzte Station für heute. [...] Die Strassen sind überfüllt, und nicht selten sieht man Kinder mit Gewehren und Helmen als Spielzeug – oh, diese grausamen Spielzeuge.»<sup>3</sup> Auf dem Postamt begegnen sie einem Buben mit einem schlimm verletzten Gesicht, bläulich verfärbt von der Morgenkälte bei 12 Grad unter Null, das rechte Auge durch ein künstliches ersetzt. Bischof und Schulthess müssen weiter, doch die beiden können den Buben nicht vergessen. Einige Wochen später kehren sie auf ihrer Rückreise in das Dorf zurück. Sie möchten sein Schicksal erfahren und es



Oft gehören Kinder zu den unschuldigen Opfern von Kriegen, wie hier *Jo Corbey*, den die beiden Fotografen *Werner Bischof* und *Emil Schulthess* 1945 auf ihrer Reise im Auftrag der *Schweizer Spende* im holländischen Städtchen Roermond antrafen. Sein Gesicht war von den Splittern hinterlassener Granaten getroffen worden. Auf dem Titelblatt der Mai-Nummer der Zeitschrift «*Du*» 1946 sollte es dazu aufrufen, solches Unrecht nicht länger zu akzeptieren. (Bild rp)

mit einer Aufnahme dokumentieren. *Emil Schulthess* schreibt in sein Tagebuch, was geschehen war: «Als die deutsche Armee Roermond evakuieren musste, legten sie überall Tausende von Sprengfallen aus: in Türöffnungen, im Heizkessel, in Schränken, hinter Türen, hinter Kisten, in Körben, in Näharbeiten usw. Schrecklich. Der Junge öffnete eine Tür, an der eine Sprengfalle befestigt war. Er verlor sein rechtes Auge, und sein Gesicht wurde durch Splitter entstellt. Allein in Roermond gibt es Hunderte solcher Fälle, dieser war kein Einzelfall. Seine Mutter wurde vor zwei Monaten von einem Auto überfahren und starb, und nun ist sein Vater mit neun Kindern auf sich allein gestellt.»<sup>4</sup>

## Solidarisch mit dem geschundenen Europa

Bischof und Schulthess kamen mit 2000 Bildern von ihrer Reise zurück. Sie dokumentierten die verheerenden Zustände, welche der Krieg in diesen Ländern hinterlassen hatte. Erschüttert durch das Gesehene und Erlebte schrieb Bischof in sein Tagebuch: «Wenn es mir gelingt, diese [grossen Probleme] in und

## Die Schweizer Spende

ep. Die *Schweizer Spende an die Kriegsgeschädigten in Europa* von 1944 bis 1948 war eine öffentliche Sammlung des Schweizer Volkes als Ausdruck der Verbundenheit mit den Opfern des Zweiten Weltkrieges. Sie war ein vom Bundesrat 1944 eingeleiteter Zusammenschluss konfessionell und politisch unterschiedlich ausgerichteter Hilfswerke, deren Ziel es war, im kriegsversehrten Europa humanitäre Hilfe und Wiederaufbauhilfe zu leisten. Den Anstoss dazu gab die Botschaft des Bundesrates vom 1. Dezember 1944 mit der Broschüre «Unser Volk will danken». Sie hatte eine Auflage von 1,5 Millionen Exemplaren. Das war die grösste Schweizer Sammelaktion während des Zweiten Weltkrieges. Die öffentliche Sammlung ergab 50 Millionen Franken, mit denen die vom Bund bereitgestellten 150 Millionen Franken ergänzt wurden. Damit wurden ab 1944 humanitäre Hilfstätigkeiten in achtzehn europäischen Ländern inklusive Deutschlands finanziert. Das vom Bundesrat eingesetzte Nationale Komitee mit Vertretern aus allen Bevölkerungsschichten wurde von alt Bundesrat *Ernst Wetter* präsidiert, die Zentralstelle leitete *Rodolfo Olgiati*. Für die Hilfsarbeit galt der Grundsatz der Überparteilichkeit im Sinne *Henry Dunants*. Die *Schweizer Spende* verfügte bis zu ihrer Auflösung am 30. Juni 1948 über 203,95 Mio. Franken, davon hatte der Bund in zwei Raten 152,85 Mio. Franken beigesteuert. Hilfe wurde in achtzehn europäischen Ländern – auch in Deutschland – geleistet. Weder konfessio-

nelle noch politische Einstellung, sondern allein das Ausmass der Not sollte eine Rolle spielen. Die eigentliche Durchführung der Aktionen im Ausland wurden vor allem dem *Schweizerischen Roten Kreuz* (SRK), der *Kinderhilfe* des SRK, dem *Schweizerischen Arbeiterhilfswerk*, dem *Schweizerischen Caritas-Verband* und dem *Hilfswerk der Evangelischen Kirchen der Schweiz* übertragen. Nebst vielen Freiwilligen aus allen Berufsgruppen setzten sich auch bekannte Künstler für die Hilfsprojekte ein. Der Schweizer Maler und Zeichner *Charles Hug* gestaltete als Armee-reporter Plakate für die «Schweizer Spende». Die Fotografen *Paul Senn*, *Theo Frey*, *Werner Bischof* und *Emil Schulthess* dokumentierten im Auftrag der *Schweizer Spende* die kriegsversehrten Gebiete Europas und deren Wiederaufbau. Die Schweizerische Monatschrift *Du* vom Mai 1946 widmete ihre Ausgabe der *Schweizer Spende*. 1949 wurde ein umfassender Abschlussbericht mit einer Fotodokumentation der Schweizer Fotografen *Werner Bischof*, *Paul Senn*, *Ernst Scheidegger* und dem Grafiker *Adolf Flückiger* erstellt. Der Bericht dokumentiert und beschreibt alle Hilfeleistungen und die Verwendung der Gelder. Diese Fakten schicken das heute verbreitete Narrativ der Schweiz als Profiteur des Zweiten Weltkrieges ins Reich der Diffamierungsstrategien.

vgl. *Peter Aebersold et. al. Schweizer Spende*. [https://de.wikipedia.org/wiki/Schweizer\\_Spende](https://de.wikipedia.org/wiki/Schweizer_Spende)

## Das Humanitäre Völkerrecht

ep. Mit dem Humanitären Völkerrecht (HVR) der Uno sollen die Auswirkungen bewaffneter Konflikte begrenzt, die Kriegsführung geregelt und deren Opfer geschützt werden. Es ist in allen internationalen und innerstaatlichen bewaffneten Konflikten verpflichtend, unabhängig von Legitimation oder Ursache der Gewaltanwendung. Der Grundstein dafür wurde 1864 mit dem ersten *Genfer Abkommen* gelegt. Der *Genfer Henry Dunant* erlebte damals auf einer Geschäftsreise die furchtbaren Folgen der Schlacht von Solferino. In diesem Dorf in Norditalien kämpften 1859 die verbündeten piemontesisch-sardischen und französischen Armeen gegen die kaiserlichen österreichisch-ungarischen Truppen. 40 000 Verwundete und Sterbende blieben ohne Hilfe liegen. Dunant veröffentlichte 1862 das Buch «Eine Erinnerung an Solferino», in dem er das Erlebte dokumentierte. Um das Los verwundeter Soldaten auf den Kriegsschauplätzen zu lindern, rief er dazu auf, ein humanitäres Abkommen zu schaffen. Alle Staaten sollten sich zur Gründung einer freiwilligen Hilfsgesellschaft verpflichten. Auch mussten sie sich vertraglich dazu verpflichten, die Neutralität von Militärspitälern und Sanitätspersonal anzuerkennen und ihren Schutz zu gewährleisten. Das führte 1863 zur Gründung des Internationalen Komitees der Hilfsgesellschaften für die Verwundetenpflege, das 1876 in *Internationales Komitee vom Roten Kreuz* (IKRK) umbenannt wurde. Ein wichtiger Schritt

zu mehr Menschlichkeit war gemacht. In den folgenden Jahrzehnten entstand mit den *Genfer Konventionen* ein internationales Regelwerk, und 1899 und 1907 wurden die Haager Abkommen verabschiedet. Der Zweite Weltkrieg zeigte jedoch, dass weitere Anstrengungen nötig waren. Unter dem Vorsitz des Schweizer Bundesrates *Max Petitpierre* erarbeitete eine internationale Konferenz in Genf die vier *Genfer Konventionen* von 1949: Die erste und zweite *Genfer Konvention* verpflichten die kriegführenden Parteien, Verwundete, Kranke und Schiffbrüchige sowie medizinisches Personal, Ambulanzen und Spitäler besonders zu schützen. Sie müssen von der Konfliktpartei, in deren Händen sie sich befinden, geborgen und gepflegt werden. Die dritte *Genfer Konvention* enthält detaillierte Regeln über die Behandlung von Kriegsgefangenen. Die vierte *Genfer Konvention* schützt Zivilpersonen, die sich in Feindeshand – in eigenem oder in einem besetzten Gebiet – befinden. Die Zusatzprotokolle von 1977 und 2005 ergänzen die Regeln der vier *Genfer Konventionen* für internationale bewaffnete Konflikte. Diese Regelungen sind auch heute für alle kriegführenden Länder verpflichtend.

Quellen: <https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/ausserpolitik/voelkerrecht/humanitaeres-voelkerrecht/genfer-konvention.html> und <https://www.humanrights.ch/de/ipf/grundlagen/rechtsquellen-instrumentel/humanitaeres-voelkerrecht/geschichte/>

mit den Kindern zu schildern, dann mache ich eine rein soziale und gleichzeitig europäische Arbeit.»<sup>5</sup> Nun mussten aus der grossen Zahl von Aufnahmen die geeignetsten gefunden werden. Sie sollten die erwähnte Mai-Nummer 1946 von *Du* illustrieren. Zunächst hatte er grosse Bedenken, durch die Veröffentlichung des Bildes mit dem zerstörten Gesicht des Buben dessen Leben noch mehr zu belasten. Dann aber entschloss er sich, es gross als Titelbild abzubilden – als Mahnmal und als Aufruf, gegen solches Unrecht anzugehen und notleidenden Kindern zu helfen. In ganz Europa waren viele Kinder in ähnlicher Weise betroffen. Das Heft war als Unterstützung der *Schweizer Spende* vorgesehen und der damit verbundenen Hilfsaktionen und Projekte wie des *Kinderdorfs Pestalozzi* in Trogen.

*Arnold Kübler* ahnte wohl, dass seine an erlesene Kulturberichte gewöhnte Leserschaft nicht nur Freude an diesem Heft haben würde. Doch hatte er nicht vier Jahre zuvor, als seine Zeitschrift mitten im Krieg zum ersten Mal erschien, von der Verpflichtung gesprochen, solidarisch mit dem die Schweiz umgebenden geschundenen Europa zu sein? So schrieb er jetzt in seinem Editorial an seine Leser: «Hunderttausende von Kindern haben in Europa Vater, Mutter und Geschwister verloren. Es gibt solche, denen selbst Name und Herkunft abhandengekommen sind. Millionen wurden aus ihrer gewohnten Umwelt und von ihren Spielplätzen vertrieben, irren seit Monaten zwischen Landstrasse und Notquartieren. Ungezählte sind ihren Müttern eine Last, ungezählte Verstümmelte bleiben vor den Augen der Welt verborgen. Diese Kinder sind ein Teil des zukünftigen Europas, sie werden, gross geworden, mit ihren Jugenderfahrungen im Herzen rings um unser Land leben, die Welt mitgestalten, in der auch unsere Kinder als Erwachsene stehen werden. Die verschiedenen Hilfsorganisationen der Schweiz haben schon viel geholfen; aber es gibt kein Genug.»<sup>6</sup>

## Ein zutiefst menschliches Anliegen

Trotz allem: Das Titelblatt des *Du*-Heftes rief geharnischte Reaktionen bei einem Teil der Leserschaft hervor. Nicht alle wollten das Gesicht des Krieges sehen. Sie sahen in der Veröffentlichung des Bildes unethisches Verhalten, ja, einen schweren Fehltritt der Redaktion, und drohten, ihr Abonnement zu kündigen. *Arnold Kübler* wurde dazu gedrängt, eine Erklärung bzw. Entschuldigung zu veröffentlichen, in der er seine Entscheidung, das Bild des leidenden Kindes zu veröffentlichen, erläuterte.

*Werner Bischof* liess sich nicht beirren. In seinem weiteren – leider nur kurzen – Leben reiste er in viele Gegenden unserer Welt und dokumentierte das Leben der Menschen. 1949 wurde er Mitglied von *Magnum*, der 1947 gegründeten Bildagentur, und reiste für sie und für Zeitschriften wie *Life*, *Du*, *Paris Match* fast ohne Pause durch die Welt. Er nutzte seine Lebenszeit. Leider verunglückte er 1954 bei einem tragischen Autounfall in den Anden Perus. In seinem Nachlass fanden sich rund 60 000 Aufnahmen, in denen das menschliche Anliegen und das Ziel zum Ausdruck kamen, durch seine Fotos ehrlich zu informieren und zur Verbesserung von Missständen und Ungerechtigkeiten aufzurufen. Seine Frau *Rosellina* und später sein älterer Sohn *Marco* übernahmen vorbildlich und engagiert die grosse Aufgabe, dieses Vermächtnis zu sichten und dem Anliegen *Werner Bischofs* Verbreitung zu

Fortsetzung auf Seite 7

## Zeit-Fragen

Zeitung für freie Meinungsbildung,  
Ethik und Verantwortung,  
für die Bekräftigung und Einhaltung  
des Völkerrechts, der Menschenrechte  
und des Humanitären Völkerrechts

Herausgeber: Genossenschaft Zeit-Fragen

Chefredaktion: Erika Vögeli

Redaktion und Inserate:

Zeit-Fragen, Postfach 247

CH-9602 Bazenhaid

E-Mail: [redaktion@zeit-fragen.ch](mailto:redaktion@zeit-fragen.ch)

[abo@zeit-fragen.ch](mailto:abo@zeit-fragen.ch)

Internet: [www.zeit-fragen.ch](http://www.zeit-fragen.ch)

Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG

Jahresabonnement: Fr. 168.–/Euro 108.–

Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.

CH: Postcheck-Konto Nr. 87-644472-4

IBAN CH91 0900 0000 8764 4472 4

D: VR Bank Tübingen eG, BIC GENODES1VBH

IBAN DE09 6039 1310 0067 5170 05

A: Raiffeisen Landesbank, BIC RVVGAT2B

IBAN AT55 3700 0001 0571 3599

Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls Texte zu kürzen.

© 2024 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft Zeit-Fragen. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis des Verlages oder der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle Zeit-Fragen, Bazenhaid.



# Ausverkauf der Schweizer Neutralität am WEF – Gegenwehr tut not

von Dr. iur. Marianne Wüthrich

«Schweiz will Ukraine-Friedensgipfel abhalten» (*SRF News*), «Schweiz will China für Friedensgipfel gewinnen» («Tages-Anzeiger»), «Ukrainischer Friedensgipfel. Das war schon ein Coup, dass diese Einigung in der Schweiz gelungen ist» (*Welt online*) – so oder ähnlich verkündeten die in- und ausländischen Medien am 15./16. Januar die vermeintlich frohe Botschaft. Wer nun hofft, dass sich der Bundesrat endlich auf die Aufgabe der neutralen Schweiz in einer Welt von Kriegen und humanitären Katastrophen zurückbesinnt, täuscht sich leider gründlich.

Tatsächlich war der «Friedensgipfel» nicht im entferntesten das, was er zu sein vorgab. Am Vorabend des WEF, am 14. Januar 2024, hatte der Bundesrat in Davos ein Treffen «im Rahmen der ukrainischen Friedensformel» organisiert, an dem Bundesrat *Ignazio Cassis* und der Chef des ukrainischen Präsidialamts, *Andrij Jermak*, mit rund 80 «Nationalen Sicherheitsberatern» über «Grundsätze für einen dauerhaften und gerechten Frieden in der Ukraine» diskutierten. Dies war bereits das vierte «Friedensformel»-Treffen seit dem Juni 2023.<sup>1</sup> Die Zahl 80 ist übrigens irreführend: Es handelt sich nicht um 80 Staaten, die den westlichen Kurs unterstützen, sondern es nahmen auch Diplomaten aus Indien, Brasilien und anderen Staaten des globalen Südens teil, die nicht in das westliche Narrativ eingebunden, sondern lediglich informiert sein wollten.

## «Friedensformel» aus Kiew

Die Formel besteht aus zehn Punkten und liest sich wie ein Diktat des Siegers gegenüber dem Verlierer.<sup>2</sup> Bedingungslose Kapitulation sagt man dem – ziemlich realitätsfremd, wenn man bedenkt, dass die ukrainische Armee den Russen je länger, je weniger gewachsen ist. Und wenn man ausserdem weiss, dass die Ukraine rasch bankrott wäre, sollte sie vom Tropf der USA und ihrer Seilschaften abgehängt werden. Zu den zehn Punkten gehören die vollständige Räumung der von Russland (auf Wunsch der jeweiligen Bevölkerung, mw) «besetzten» Gebiete, der «vollständige Rückzug aller russischen Truppen», ein Kriegstribunal und Reparationszahlungen zu Lasten Russlands, die Einbindung der Ukraine «in die transatlantischen Sicherheitsstrukturen der Nato» und schliesslich ein «Friedensvertrag», der alle hier erwähnten und einige weitere Punkte enthielte – wie gesagt, eine bedingungslose Kapitulation Russlands.

Die russische Regierung wurde zum «Friedensgipfel» weder eingeladen, noch hatte sie aus eigenem Antrieb Lust, mit den «geopolitischen Pfauen» auf dem «Karneval» in Davos mitzutanzten. Die russische Journalistin *Elena Karajewa* kommentiert: Im «Davoser Karnevalsverein [...] heisst das, was jetzt passiert, (Friedenskonferenz zur Ukraine). *Orwell* würde vor Neid erblassen. Der Stellvertreterkrieg, den diejenigen entfesselt haben, die die Diskussion führen wollen, heisst jetzt «Sicherheitsgarantien für Kiew». Vor fast zwei Jahren hat Moskau versucht, echte Sicherheitsgarantien zu erreichen, aber unsere Stimme wurde nicht gehört.»<sup>3</sup>

## «Den Folgen des Krieges ...»

Fortsetzung von Seite 6

verschaffen. Und so kehren wir wieder zum Titelbild mit dem holländischen Buben zurück.

### Es war nicht umsonst

Am 22. Februar 2011 eröffnete Marco Bischof, zusammen mit dem Kurator *Frank Hoenjet* im *Gemeentemuseum* in Helmond, einer kleinen Stadt in der Nähe von Roermond, eine Ausstellung mit dem Titel «Das mitfühlende Auge: Fotografien, 1934–1954». Bereits im Vorfeld der Ausstellung hatte die lokale Presse – zuerst erfolglos – versucht, den unbekanntem Buben auf dem Foto zu finden. Dann meldete sich *Gerrit Corbey*. Er hatte seinen Zwillingbruder Jo auf dem Foto erkannt. Nun hatte er einen Namen bekommen. *Jo Corbey*. Er und alle übrigen Geschwister waren nach dem Tod ihrer Mutter auf verschiedene verwandte Familien verteilt worden. Sie hatten sich kaum

«Unser Land darf in internationalen Konflikten nicht Partei ergreifen, sondern stellt sich ohne Wenn und Aber jedem Staat der internationalen Gemeinschaft als Verhandlungsort zur Verfügung. Als Begegnungsort der unterschiedlichen Kulturen und Weltanschauungen kann die Schweiz den Frieden in der Welt fördern. Unsere Neutralitätspolitik muss auch gegenüber den Ländern des Südens und solchen ohne das westliche Demokratiemodell glaubwürdig sein.» (*Aufruf von Linken und Grünen*, siehe Seite 5)

### Medienkonferenz: 1,5 Milliarden Franken Steuergelder für den «Wiederaufbau»

An der Medienkonferenz am Tag nach dem Gipfel verkündete Bundespräsidentin *Viola Amherd*, die Schweiz sei bereit, eine Friedenskonferenz zu organisieren, mit «besonderem Fokus auf den Wiederaufbau», wofür sie für die nächsten vier Jahre 1,5 Milliarden Franken «bereitgestellt» habe.<sup>4</sup> Dies, ohne die Schweizer Steuerzahler zu fragen! Eben erst zur Bundespräsidentin gekürt, setzte sich *Viola Amherd* mit sichtlichem Genuss in Szene. Was *Selenski* an der Konferenz sagte, blieb den des Ukrainischen unkundigen Zuhörern erspart, denn die Übersetzung bei *SRF News* klappte nicht.

Erhellend waren die drei Fragen der Medienvertreter, erstens nach den finanziellen Erwartungen *Selenskis* (bekanntlich sein Hauptinteresse): Es seien viele Schulen und Spitäler zerstört, sagte er, aber – und das ist bemerkenswert – die Strom-Infrastruktur sei diesen Winter weniger angegriffen worden als letztes Jahr. Erinnern Sie sich? Damals wurde doch vor allem das AKW Saporischschja beschossen, das die Russen besetzt hielten – die haben sich ja wohl kaum selbst beschossen. Zweite Frage (*Reuters*) zur geplanten Friedenskonferenz: «Sollen China und Russland beteiligt sein?» Antwort *Selenskis*: «Wir sind offen für alle Länder, die unsere territorialen Bedingungen anerkennen.» Anmerkung: Also ist die Beteiligung der beiden Grossmächte im Osten eher unwahrscheinlich. Dritte Frage («*Neue Zürcher Zeitung*»): «Welche Rolle kann China spielen?» Antwort *Selenskis*: «China ist wichtig, wir möchten, dass es sich unserer Friedensformel anschliesst. Aber es kommt nicht nur auf unsere Wünsche an. Alle zivilisierten Länder werden an diesem Friedensgipfel teilnehmen.»

Ob China wohl für Kiew, London und Washington zu den «zivilisierten Ländern» gehört? Der gehorsame Bundesrat *Cassis* jedenfalls macht sich «laut gut informierten Quellen» bereit, den Weg nach Peking unter die Füsse zu nehmen («*Tages-Anzeiger*» vom 15. Januar 2024). Ob er wohl tatsächlich versuchen will, China auf die Seite der Nato zu ziehen? Das wird spannend.

### «WEF wird zum Propagandainstrument des Westens: Schweiz verliert Neutralität»

So der Titel eines Artikels von «*Russian Market*» in *RT DE* vom 13. Januar 2024.<sup>5</sup> Der Autor beschreibt die politischen Koor-

dierten der Schweiz leider richtig, nämlich als zum Teil von aussen auferlegt, zum Teil aber auch selbst gewählt: «Inmitten eines Paradigmenwechsels in der globalen Diplomatie zieht sich die Schweiz, bedingt durch selbst auferlegte EU- und US-Sanktionen, spürbar zurück. Diese Entscheidungen beeinträchtigen nicht nur ihre neutrale Position, sondern führen zu einem bedeutenden Wandel in der internationalen Wahrnehmung. Der einstige Hort diplomatischer Gelassenheit befindet sich nun in einer Phase der Ausblendung.» Statt der Schweiz würden heute Diplomaten des Nahen Ostens, oft erfolgreich, Verhandlungen führen. Das «*Friedensformel-Treffen*», bei dem Russland nicht erwünscht sei, sei ein «weiteres Beispiel für die schwindende Neutralität der Schweiz.» *Markets Fazit*: «Die Schweiz durchlebt in diesen Tagen nicht nur die niedrigsten Temperaturen dieses Winters, sondern auch eine frostige Phase in bezug auf ihre traditionelle Neutralität. Die einstigen Vermittlungserfolge der Schweiz schwinden, und ihre Rolle als neutrale Plattform für Verhandlungen gerät ins Wanken.»

Es ist betäublich, diese Einschätzung aus Russland lesen zu müssen, aber leider wird sie durch die ständigen Attacken auf die Neutralität der Schweiz aus transatlantischen Schweizer Schreibstuben bestätigt: «[...] die Neutralität verkommt in der heutigen Zeit nur dann nicht zur Leerformel, wenn sie dazu genutzt wird, um den Interessen der Schweiz als weltoffenes Land zu dienen. [...] Es ist deswegen in ihrem eigenen Interesse, dass die Schweiz die in der sogenannten Friedensformel der Ukrainer erhobenen Forderungen [...] unterstützt – auch wenn sie dadurch für die Seite der Ukraine (und für die Freiheit Europas) Partei nimmt.»<sup>6</sup>

### Präsident Wladimir Putin entlarvt die «Friedensformel»

Immerhin haben sowohl die «*Neue Zürcher Zeitung*» als auch Bundesrat *Cassis* kapiert, dass es letztlich keine Friedenskonferenz ohne Russland geben kann: Redaktor *Fischer*: «Bundesrat *Ignazio Cassis* hatte aber auch recht, als er in Davos betonte, dass am Ende ein Friedensschluss nur mit Russland möglich ist und eine Friedenskonferenz Moskau und seine Unterstützer einbeziehen muss.» Präsident *Wladimir Putin* hat bereits unmissverständlich mitgeteilt, was er vom Davoser Friedens-Theater hält und was Sache ist: Die sogenannte Friedensformel des ukrainischen

Präsidenten *Wolodimir Selenski* sei nichts anderes als eine Fortsetzung des «Verbots» von Verhandlungen mit Russland. Kern der Friedensformel ist der Abzug russischer Truppen aus der Ukraine. Niemand könne Russland zum Verzicht auf die bisher eroberten Gebiete zwingen, sagte *Putin* dazu. «Alle verstehen, dass das nicht möglich ist.» *Putin* hielt fest, «die Initiative auf dem Schlachtfeld [liege] vollständig in den Händen der russischen Streitkräfte» und warnte die Ukraine eindringlich «vor einem Ende ihrer Existenz als Staat». Nach *Putins* Aussage hätte der Konflikt bereits vor anderthalb Jahren beendet werden können, wenn die Ukraine die bei den Verhandlungen in Istanbul getroffenen Vereinbarungen umgesetzt hätte. Die vom Westen gesteuerten «*Dummköpfe*» in Kiew hätten dann aber entschieden, den Kampf fortzusetzen.<sup>7</sup>

Warum also nicht gleich ins Auge fassen, den Beziehungsfaden zu Russland, den der Bundesrat unter dem Druck von US/GB durchtrennt hat, wieder aufzunehmen? Dazu wären allerdings einige Anstrengungen von seiten der Schweiz nötig.

### Zurück zu unseren Wurzeln: Glaubwürdige Neutralitätspolitik für den Frieden

Zum Schluss ein Wort aus dem Aufruf «*Linke und Grüne sagen ja zur Neutralitäts-Initiative*» – dem Bundesrat und den Medienredaktionen ins Notizbuch: «Wir stehen ein für eine welt-offene und multikulturell orientierte Schweiz. Absatz 4 der Initiative fordert, dass die Schweiz künftig aktiv hilft, Konflikte zu verhindern und zu vermitteln. Unser Land wird deshalb in internationalen Konflikten nicht Partei ergreifen, sondern stellt sich ohne Wenn und Aber jedem Staat der internationalen Gemeinschaft als Verhandlungsort zur Verfügung. Als Begegnungsort der unterschiedlichen Kulturen und Weltanschauungen kann die Schweiz den Frieden in der Welt fördern. Unsere Neutralitätspolitik muss auch gegenüber den Ländern des Südens und solchen ohne das westliche Demokratiemodell glaubwürdig sein.»

<sup>1</sup> «Friedensformel: Nationale Sicherheitsberater besprechen in Davos Grundsätze für einen dauerhaften Frieden in der Ukraine». *Medienmitteilung* des Bundesrates vom 15.1.2024

<sup>2</sup> *Fischer, Peter*. «Ukraine-Konferenz in Davos: Das ist der Zehn-Punkte-Plan von *Wolodimir Selenski*». In: *Neue Zürcher Zeitung* vom 14.1.2024

<sup>3</sup> *Karajewa, Elena*. «Davos ist nicht wie früher: Die geopolitischen Pfauen haben den Kampf verloren». In: *RT DE* vom 15.1.2024

<sup>4</sup> «Medienkonferenz mit dem ukrainischen Präsidenten *Wolodimir Selenski* und Bundespräsidentin *Viola Amherd*». *SRF News spezial* vom 15.1.2024. Redaktion: *Beat Giger*

<sup>5</sup> <https://freedert.online/schweiz/192656-wef-wird-zum-propagandainstrument-westens/>

<sup>6</sup> *Fischer, Peter A.* «*Selenski* am WEF: Es ist richtig, dass sich die Schweiz exponiert». In: *Neue Zürcher Zeitung* vom 15.1.2024

<sup>7</sup> «Gegenoffensive sei gescheitert. *Putin* prophezeit «irreparablen Schlag» für Ukraine». *ntv.de* vom 16.1.2024

mehr gesehen und aus den Augen verloren. *Jo* lebte leider nicht mehr. Er war an den «Spätfolgen» der Granate bereits als 20-jähriger gestorben. So konnte er nicht mehr erleben, wie sich die Geschwister wiederfanden und wie sein Zwillingbruder, mittlerweile 83 Jahre alt, *Marco Bischof* aus dem Leben seiner Familie und von seinem «wiedergefundenen» Bruder erzählte und so den Beweis lieferte, dass die Arbeit von *Werner Bischof* und *Emil Schulthess* nicht umsonst gewesen war.

### Eine unbeschreibliche Tragödie

Das Schicksal von *Jo Corbey* macht zutiefst betroffen, im Wissen darum, dass er nur eines von vielen Opfern ist. Erinnerungen an die Ereignisse des Zweiten Weltkriegs sind erschütternd, aber heute leider noch immer genauso aktuell. Denken wir an die Kinder in Afghanistan, im Jemen, Irak, in Somalia, im Kongo und jetzt im Gaza-Streifen und Westjordanland, um nur einige Kriegsschauplätze

zu nennen. Wurden als Konsequenz der Schrecknisse des Zweiten Weltkrieges nicht Verträge abgeschlossen und Regelungen getroffen, die immer neue Schrecken verhindern sollen? (siehe Kasten S. 6) Das «Übereinkommen (IV) zum Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten» erinnert kriegführende Parteien eindringlich an ihre Verpflichtungen zum Schutz der Zivilbevölkerung: «Die unbeschreibliche Tragödie, die der Zweite Weltkrieg in das Leben von Millionen Kindern brachte, ist eines der belastendsten Kapitel in der Geschichte des Konflikts und eines, das grösstes Mitleid hervorruft. Kinder waren die unschuldigen Opfer von Ereignissen, die sie um so grausamer trafen, als sie jung und schwach waren; sie litten unter Missständen und verstiesenen gegen eines der heiligsten menschlichen Gesetze – das Gesetz, dass Kinder geschützt werden müssen, da sie die Zukunft der Menschheit darstellen. Die Menschheit wird noch lange die Spuren der

Mängel und des Unrechts tragen, die durch die Greuelthaten des Krieges verursacht wurden.»<sup>7</sup>

<sup>1</sup> *Kübler, Arnold*. «Zu unserem Maiheft. Europäische Aufnahmen von *Werner Bischof*». In: *Du. Schweizerische Monatszeitschrift*, Nr. 5, Mai 1946, S. 7

<sup>2</sup> *Herzog, Claudia*. «Fotograf *Werner Bischof*. Die Würde des Menschen stets im Fokus». <https://www.srf.ch/kultur/kunst/fotograf-werner-bischof-die-wuerde-des-menschen-stets-im-fokus>. Abgerufen am 14.1.2024

<sup>3</sup> <https://www.magnumphotos.com/newsroom/conflict/werner-bischof-boy-from-roermond/> Abgerufen am 14.1.2024

<sup>4</sup> *Kübler, Arnold*. a.a.O.

<sup>5</sup> «*Werner Bischof*: Fotograf und Ästhet von internationalem Rang». <https://www.zentralplus.ch/kultur/werner-bischof-fotograf-und-aesthet-von-internationalem-rang-851085/>

<sup>6</sup> *Kübler, Arnold*. a.a.O.

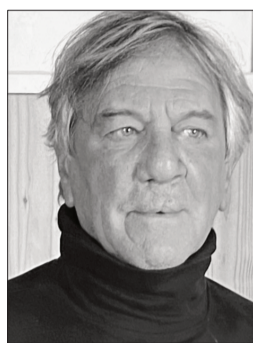
<sup>7</sup> Übereinkommen (IV) zum Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten. Genf, 12. August 1949. <https://ihl-databases.icrc.org/en/ihl-treaties/gciv-1949/article-50/commentary/1958?activeTab=default>



# Der Aussenseiter unter uns

John Pilger, 1939–2023

von Patrick Lawrence\*



Patrick Lawrence  
(Bild ef)

Im Frühjahr 1983 begann der verstorbene und sehr vermisste John Pilger mit der Ausstrahlung einer Interviewreihe namens «The Outsiders» im britischen Fernsehen. Johns Themen waren breit gefächert. *Costa Gavras*, *Jessica Mitford*, *Seán MacBride*, der irische Politiker und Nobelpreisträger

von 1974, *Helen Suzman*, die südafrikanische Anti-Apartheid-Aktivistin: John wählte «Menschen, die ihr Leben ausserhalb des Systems gelebt haben», wie es der Slogan von *Channel 4* ausdrückte.

Meine persönlichen Favoriten unter Johns Interviewpartnern, diejenigen, die mir am meisten bedeuten, waren *Wilfred Burchett* und *Martha Gellhorn*, zwei der aussergewöhnlichsten Auslandskorrespondenten des 20. Jahrhunderts. «Er war der einzige westliche Journalist, der konsequent von der anderen Seite, der «falschen Seite», berichtet hat», sagte John, als er den Beitrag über Burchett einleitete. Über Gellhorn sagte John folgendes:

«Martha Gellhorn, die nie eine Marionette für die Obrigkeit war, die immer aus der Sicht der Kriegsoffer geschrieben hat, hat mehr als die meisten anderen die Wahrheit gesagt, und schon deshalb ist sie eine hervorragende Aussenseiterin.»

Jetzt werde ich nach Johns Videokamera greifen und sie direkt auf ihn zurückdrehen. John war unter seinesgleichen, als er «The Outsiders» drehte. Wenn es in seiner langen und abwechslungsreichen Karriere auch vieles gab, was ihn auszeichnete, so war es doch John Pilgers Stellung als Aussenseiter, die sein Werk am stärksten prägte. Hätte er nicht verstanden, wie wichtig es war und ist, sich so zu positionieren, hätte er die Serie nicht gemacht.

John starb am 30. Dezember im Alter von 84 Jahren in London, nachdem er einige Zeit mit Lungenfibrose gekämpft hatte. Es traf mich besonders hart, als mich die Nachricht, dass wir ihn verloren hatten, einige Stunden später erreichte: Ich hatte an diesem Morgen gedacht: «Ich muss John anrufen, um ihm ein gutes neues Jahr zu wünschen.» Es ist immer noch bitterer, die Einsamkeit noch stechender, wenn solche Gelegenheiten verpasst werden.

Meine Gedanken gingen an diesem Nachmittag schnell zu etwas, das *I. F. Stone* bei verschiedenen Gelegenheiten sagte: Alle wahren Journalisten sind Aussenseiter, pflegte der grosse Izzy zu sagen, und jede Generation bringt nur wenige von ihnen hervor.

John war einer der wenigen seiner Zeit.

Als John in den späten 1950er Jahren auftauchte, waren unabhängige Medien wie *Consortium News* noch nicht so weit entwickelt wie heute. Man lernte von innen heraus, wie man als Aussenseiter überleben konnte. John, der 1939 in New South Wales geboren wurde, einen Monat nach Beginn des Zweiten Weltkriegs, begann mit 19 Jahren in der unbekanntesten aller beruflichen Positionen: Er war Redakteur bei einer inzwischen längst verschwundenen Sydneyer Boulevardzeitung namens «The Sun». 1962 ging er nach London, wo er eine Zeit lang bei *Reuters* am Schreibtisch für den Nahen Osten arbeitete. Ein Jahr später stellte ihn der «Daily Mirror» ein, und Johns Stern begann zu steigen.

«Vielleicht gibt es nichts, was sein Verständnis für die Bedeutung unabhängiger Medien und seine Menschlichkeit besser widerspiegelt, als seine Unterstützung für *Julian Assange*. Als Assange 2010 in London verhaftet wurde, war er einer derjenigen, die eine Kautions hinterlegt haben. Als Assange Jahre später aus der ecuadorianischen Botschaft abgezogen und in das *Belmarsh*-Gefängnis verlegt wurde, war John ein treuer Besucher, immer mitfühlend, immer unterstützend. Ihre Freundschaft dauerte schliesslich bis zu Johns Tod.»

Er stieg und stieg. Als Korrespondent berichtete er u.a. über die Kriege in Vietnam, Kambodscha und Biafra. Unter seinen zahlreichen Auszeichnungen wurde er 1967 zum Journalisten des Jahres, 1970 zum internationalen Reporter des Jahres, vier Jahre später zum Nachrichtenreporter des Jahres und 1979 erneut zum Journalisten des Jahres gewählt. So war es bei John: Seine besondere Gabe war immer offensichtliche.

Mitte der 1970er Jahre nahmen das Fernsehen und Dokumentarfilme einen immer grösseren Teil der Arbeit ein. «Year Zero: The Silent Death of Cambodia» (1979), «Death of a Nation: The Timor Conspiracy» (1994), «Palestine Is Still the Issue» (2002), «The Coming War with China» (2016): Diese Filme gehören zu den herausragenden Werken von John. Der letzte war seine 60. Dokumentation für das britische Fernsehen. Sechzig: Die Energie des Mannes und seine Hingabe an sein Handwerk waren enorm.

## Bleibende Treue zu Berufsethik und Idealen

Hier und da, in der Presse und in verschiedenen Gesprächen, pflegte John zu bemerken, dass es in der Konzernpresse einmal einige wenige Orte gab, an denen Reporter und Korrespondenten ihren Idealen, ihrer Berufsethik und

Ich kannte John Pilger lange, bevor ich ihn persönlich kannte. Er kam 1982 für den «Daily Mirror» nach Asien, um über Kindesmissbrauch und Kinderhandel in Thailand zu berichten, beides seit langem traurige Tatsachen. Zu dieser Zeit leitete ich das Singapur-Büro der *Far Eastern Economic Review* und war auf dem besten Weg, wegen meiner Berichterstattung des Landes verwiesen zu werden.

Johns Artikel für den «Mirror» erzählte die Geschichte der 8jährigen *Sunee*, die John für 85 Pfund kaufte und ihrer Mutter zurückgab. Der Artikel wurde weltweit aufgegriffen. Dann stellte sich heraus, dass *Sunee* und ihre Mutter von Pilgers thailändischem Mittelsmann dafür bezahlt worden waren, eine völlig frei erfundene Geschichte zu erzählen, um auf Seite 1 zu erscheinen. John vermutete, wie er noch im letzten Sommer in einem Telefongespräch erklärte, dass es sich um einen geheimdienstlichen Auftrag handelte, der ihn in Misskredit bringen sollte. Ich selbst neige dazu, allein auf Grund der idiotischen Dinge, zu denen Menschen in dem Beruf, den John und ich gemeinsam ausübten, fähig sind, anzunehmen, dass ein lokaler Mittelsmann eine sensationelle Geschichte ausheckte, um seinen europäischen Arbeitgebern zu gefallen.

Ich erwähne diesen Vorfall, weil er in den Akten steht und angesprochen werden sollte.



(Bild Marjorie Lipton/flickr 2006)

den Standards, die Journalisten in ihrer Arbeit widerspiegeln sollten, treu bleiben konnten. Johns Karriere hat das bewiesen.

Aber diese Orte schrumpften und verschwanden dann, fügte John immer hinzu. Er schien zu glauben, dass dies eine Folge des Endes des Kalten Krieges war, wenn ich seine Ansicht richtig verstehe. Mein Datum für den jähren Niedergang unseres Berufsstandes war 2001, aber das macht nichts: Wir teilten auch den Gedanken, dass es keine konzerneigene Presse mehr gibt, in der man noch ehrliche Arbeit leisten könnte – weder in England noch in Amerika noch in Australien – und je nachdem, wie sich die Dinge in den kommenden Jahren entwickeln, werden wir vielleicht nie wieder eine solche Presse kennen.

Ich beschreibe den Weg, der John und mich, individuell, zu unabhängigen Medien geführt hat. Und seither habe ich John als Beweis für eine Wahrheit angesehen, die ich für grundlegend halte. Im Guten wie im Schlechten und bis auf weiteres sind die besten unabhängigen Journalisten diejenigen, die zwar in den Methoden der traditionellen Medien ausgebildet wurden – aber sicher nicht in der Ideologie und all den Kompromissen mit der Macht.

Wichtig sind hier zwei Punkte. Erstens: John wurde zwar hereingelegt, aber er war nicht derjenige, der die Sache in die Wege geleitet hat, mit anderen Worten, er war nicht der Auftraggeber. Zweitens ist sein beruflicher Ruf unversehrt geblieben, wie es auch sein sollte, und wir können den Vorfall in Thailand als ein Missgeschick und nichts weiter bezeichnen. Seine Arbeiten nach Thailand gehören zu seinen besten. Ein Jahr später drehte er «The Outsiders», eine grossartige Interviewserie für *Channel 4*.

## Freundschaft

Wie angenehm überraschend war es, als mir John Jahrzehnte später während der Arbeit an «The Coming War with China» schrieb, um mich zu fragen, ob ich ihm helfen könnte, sich in den vielseitigen maritimen Ansprüchen im Südchinesischen Meer zurechtzufinden, einer komplexen Frage, die mehrere amerikanische Regierungen so verzerrt haben, dass sie China als den neo-imperialen Bösewicht Ostasiens darstellten. In der Folgezeit wurden wir Freunde – im Netz. Zwei Jahre später, als ich meine aussenpolitische Kolumne zu *Consortium News* verlegte, war John Mitglied des Vor-

stands. Als ich weitere Jahre später begann, *The Floutist* auf *Substack* zu veröffentlichen, war John grosszügig und schickte uns Beiträge, die wir gerne veröffentlichen durften. Das haben wir immer getan, und sie waren immer ausgezeichnet.

Vielleicht gibt es nichts, was sein Verständnis für die Bedeutung unabhängiger Medien und seine Menschlichkeit besser widerspiegelt, als seine Unterstützung für *Julian Assange*. Als Assange 2010 in London verhaftet wurde, war er einer derjenigen, die eine Kautions hinterlegt haben. Als Assange Jahre später aus der ecuadorianischen Botschaft abgezogen und in das *Belmarsh*-Gefängnis verlegt wurde, war John ein treuer Besucher, immer mitfühlend, immer unterstützend. Ihre Freundschaft dauerte schliesslich bis zu Johns Tod.

«Journalismus ist einfach der Akt, die Dinge ins rechte Licht zu rücken.» So zitierte John Martha Gellhorn in der Einleitung zu seinem Interview mit ihr von 1983. Das ist es, wofür John stand, wie ich ihn seit langem in Erinnerung habe. Es geht um kompromisslose Professionalität und um ein Verständnis von Journalismus als unabhängigem Machtpol – beides ist heute nicht mehr im Überfluss vorhanden.

## Grundpfeiler

Es gibt noch einen weiteren Punkt, der hier erwähnt werden sollte. Alle Korrespondenten bringen ihre politische Haltung mit – eine natürliche Sache, eine gute Sache, eine Bestätigung ihres engagierten, staatsbürgerlichen Selbst, die keineswegs zu bedauern ist. Die Aufgabe besteht darin, die eigene Politik im Einklang mit der beruflichen Verantwortung zu managen, mit dem einzigartigen Platz, den Korrespondenten im öffentlichen Raum einnehmen. John verstand dies so gut oder besser als jeder von uns. Es war der Grundpfeiler, der allem, was er tat, Gewicht verlieh.

Im vergangenen Mai lud ich John im Namen einer Verlagsgenossenschaft in der Schweiz ein, auf einer Konferenz am Ende des Sommers eine Reihe von Vorträgen zu halten. Er schrieb mir zurück, dass er gerne dabei wäre, aber dass es ihm nicht gut ginge und er Anfang September wahrscheinlich nicht in der Lage sei zu reisen. Da John ein zurückhaltender, etwas verschlossener Mann ist, kannte ich damals die Art seiner Erkrankung nicht und hielt es nicht für angemessen, ihn zu fragen. Aber in diesem Moment verstand ich, dass er einen ernsten Kampf führte.

Am Silvesterabend rief ich *Eva-Maria Föllmer-Müller* an, die die Schweizer Vortragsreihe mitbetreibt, um ihr die Nachricht von Johns Tod mitzuteilen. Sie wusste es bereits. «Er schrieb mit einem sehr klaren Verstand», sagte sie ohne zu zögern. «Aber er schrieb

auch mit viel Gefühl, aus dem Herzen heraus.» Ich kann diese Wertung dessen, was John Pilger getan hat, nicht besser ausdrücken.

*George Burchett*, einer von Wilfreds Söhnen, der jetzt in Hanoi lebt und malt, wo er geboren wurde, war ein Freund von John (wie auch von mir). Er schrieb am Neujahrstag eine kurze Würdigung und schickte sie über das *People's Information Bureau*, seinen privat verbreiteten Newsletter, weiter. George schrieb, und ich teile dies mit den Lesern, so wie er es mit mir geteilt hat:

«Ich erinnere mich, dass ich John vor einigen Jahren in einem Moment der Verzweiflung in einer E-Mail gefragt habe:

«Und was sollen wir tun?»

Er schickte eine E-Mail zurück:

«George, wir machen weiter, was wir machen.»

Das ist ein guter Rat, vor allem in Augenblicken der Finsternis.

Ich danke dir, John!

Für alles.»

Erstveröffentlichung *consortiumnews.com* vom 8.1.2024

(Übersetzung Zeit-Fragen)

\* Patrick Lawrence, langjähriger Auslandskorrespondent, vor allem für die «International Herald Tribune», ist Kolumnist, Essayist, Autor und Dozent. Sein vorletztes Buch ist «Time No Longer: Americans After the American Century», Yale 2013. Im Juli 2023 ist sein neues Buch «Journalists and Their Shadows» bei Clarity Press erschienen. Seine Webseite lautet *patricklawrence.us*. Unterstützen Sie seine Arbeit über *patreon.com/thefloutist*.